

@evolution

Nr. 25 März 2005

friedlich, mitmenschlich, gerecht, nachhaltig, selbstbestimmt

Euro 4,50
Sfr 3,-

Ein genialer Physiker und sozialer Unternehmer:

**Ernst Abbe - Seine Erkenntnisse
und Warnungen**

Wichtiger denn je: die "Natürliche Wirtschaftsordnung"

Vor 75 Jahren starb Silvio Gesell

Die Entwicklung der Partei Bündnis 90/Die Grünen

**25 Jahre grüne Bewegung
in Deutschland**

**Ökonomische Gewalt
gegen Mensch und Natur**

Der Tsunami Südostasiens und der Kreislauf der ökonomischen Gewalt

Humankapital – Unwort des Jahres 2005

Wohnungsprobleme

Liebe Leserinnen und Leser,

dieses Heft informiert unter anderem über ökonomische Gewalt. Ökonomische Gewalt wird oft fast nicht wahrgenommen. Die meisten Menschen bemerken nicht, dass in der Wirtschaft immer mehr die Interessen des Kapitals Vorrang haben gegenüber menschlichen Interessen und langfristiger Absicherung von Unternehmen. Aber auch die brutale Gewalt der Kettensäge im Regenwald beruht auf kurzfristigem kapitalistischen Gewinnstreben.



Eigentlich sollte ja Sinn und Zweck allen Wirtschaftens der Mensch und die Erhaltung der Natur sein. Die perverse Verkehrung ins Gegenteil haben wir schon oft angeprangert, mit dem Ziel, dass immer mehr Menschen die Ausbeutungsmechanismen des kapitalistischen Wirtschaftssystems erkennen und diese abgeschafft werden können. Die Artikel von Helmut Creutz auf den folgenden drei Seiten bringen die Zusammenhänge wieder einmal klar und einfach auf den Punkt.

Weniger bekannt ist - aber doch einleuchtend - dass auch Naturkatastrophen beweisen: In der kapitalistischen Wirtschaft haben die Geldinteressen Vorrang vor Mensch und Natur. Selbst Tod und Zerstörung durch den Tsunami an Weihnachten 2004 wären wesentlich abzumildern gewesen, hätten Sicherheit und Wohl für diese Region im Vordergrund des wirtschaftlichen Handelns gestanden.

Lesen Sie dazu: Der Tsunami Südostasiens und der Kreislauf der ökonomischen Gewalt auf Seiten 6-8.

John Maynard Keynes, der berühmteste Ökonom des vergangenen Jahrhunderts, bezeichnete Silvio Gesell zwar als „seltsamen Propheten“, zollte ihm aber dennoch Anerkennung. Gesell war eben so klug, vorauszusehen, dass das bestehende Zins- und Geldsystem wieder zu wirtschaftlichem Zusammenbruch und Krieg führen wird. Eine Würdigung Gesells auf Seite 12.

Versäumen Sie nicht unseren Pressespiegel auf den Seiten 13-14, diesmal wieder besonders aufschlussreich und wie immer aktuell.

In eigener Sache noch ein wichtiger Hinweis: Die Redaktionen der INWO-Zeitschrift und der INWO-Internetseiten arbeiten in Zukunft enger zusammen. Die Internetredaktion wird ihre aktuelle Berichterstattung verstärken.

Im Jahr 2005 wird die Zeitschrift viermal erscheinen. Wegen der hohen Druckkosten und wegen des enormen Arbeitsaufwands soll sich ihr Umfang auf etwa 24 Seiten beschränken. Am Layout wird gearbeitet und auch der Name wird verändert. Sie dürfen also gespannt sein auf die nächste Ausgabe, die Ende Mai erscheinen wird.

Ihre Wera Wendnagel

Inhalt

Kreislauf ökonomischer Gewalt

- 3 **Humankapital – Unwort des Jahres 2005**
- 5 **Wohnungsprobleme**
- 6 **Der Tsunami Südostasiens**

Erkenntnisse und Warnungen

- 9 **Ernst Abbe**
- 12 **Silvio Gesell**

Aktuell

- 13 **Pressespiegel**
- 16 **25 Jahre grüne Bewegung**

Die Länderseiten

- 19 **INWO Deutschland**
- 22 **INWO Schweiz**

Zum Schmunzeln

- 25 **Neues von alten Bekannten**

Rubriken

- 14 **Buchbesprechungen**
- 26 **Agenda**

Titelfoto: Copyright: Markus Mauthe/Greenpeace

Die „r-evolution“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der drei Mitgliedsorganisationen der Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die INWO setzt sich für ein gerechtes Geldsystem ohne Zinsdruck, Inflation, Deflation und Schuldenkrise ein. Für ein Bodenrecht, das allen einen Anteil an der Nutzung sichert und Spekulationsgewinne einiger Weniger verhindert. Vereine und Gruppen mit vergleichbarer Zielsetzung sind eingeladen, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Die „r-evolution“ ersetzt das traditionsreiche Schweizer Blatt „evolution“ sowie den deutschen „INWO-Rundbrief“ als Mitgliederzeitschriften. Ein „evolutionärer“, sprich allmählicher, friedlicher Wandel des wirtschaftlichen und sozialen Systems fängt mit einer „Revolution“ im Herzen und im Geiste der Menschen an – mit einer bewussten Entscheidung, für eine gerechtere, freierlichere und nachhaltigere Zukunft aktiv zu werden.

Humankapital – Das deutsche Unwort des Jahres 2004

Neben Geldkapital, Sachkapital und Bodenkapi- tal hat sich im vergangenen Jahr ein weiterer Begriff eingebürgert: Humankapital. Helmut Creutz hat sich gefragt, ob es sich dabei um eine gedankenlose Begriffs- schöpfung oder beabsichtigte Irreführung handelt.

Dass die Vorgänge in der Wirtschaft weniger von den Interessen der Menschen als von jenen des Kapitals be- stimmt werden, wird zwar allzu oft verdrängt, ist aber ein unleugbares Faktum: Kein Arbeitsplatz und kein Pro- dukt entsteht, wenn die Bedienung des Kapitals nicht ab- gesichert ist, gleichgültig wie wichtig oder notwendig dieser Arbeitsplatz oder die Produktion auch sein mag.

Indirekt wird dieser Tatbestand durch die Forderungen der Gewerkschaften und Kirchen bestätigt, die seit lan- gem die Gleichstellung von Kapital und Arbeit bzw. den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital einklagen, ohne je- doch bislang einen konkreten Weg zur Überwindung der zinsbedingten Ausbeutung aufzuzeigen. Auch die oft di- skutierte Beteiligung der Arbeitnehmer am Betriebsver- mögen ist nichts als Augenwischerei. Selbst wenn in ei- nem Betrieb die Arbeitnehmer ihre Ersparnisse zu- sammenlegen und ihre Arbeitsplätze aufkaufen, erhält der bisherige Betriebseigentümer weiterhin sein Zinsein- kommen, wenn auch jetzt von der Bank, bei der er den Verkaufserlös angelegt hat. Und sollten sich die Arbeit- nehmer für diesen Aufkauf verschulden, dann zahlen sie indirekt selbst die Zinsen an den bisherigen Eigentümer.

Was ist Kapital und welche Kapitalarten gibt es?

Kapital ist - einfach ausgedrückt - zinstragendes Eigen- tum. Nicht das Eigentum an einer Sache macht diese al- so zu Kapital, sondern erst der Zinsertrag. Ohne diesen gibt es nur Vermögen. Zum Kapital zählen also alle zins- tragenden Geld- und Sachvermögen, genauer: alles was mit Geld vorfinanziert bzw. erworben wird und in der Wirtschaft zum Einsatz kommt, denn der Zinsertrag al- ler wirtschaftlich eingesetzten Sachwerte hat seine Ursa- che darin, dass heute überschüssiges Geld anderen nur gegen Zinsen überlassen wird. Diese Möglichkeit, für verliehenes Geld Zinsen zu erhalten, ist also ursächlich für den Kapitalcharakter aller Wirtschaftsgüter und de- ren Verzinsungshöhe.

Zu den Kapitalarten zählen demnach Geldkapital, Sach- kapital und Bodenkapi- tal. Doch neben diesen bekann- ten Begriffen, hat sich in den letzten Jahren ein weiterer eingebürgert: das "Humankapital"!

Was ist mit "Humankapital" gemeint?

Gemeint ist mit dieser Begriffsverbindung von Mensch und Kapital Folgendes: Nicht nur Geld- und Sachkapital

werfen ein Einkommen ab, sondern auch die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Menschen. Also, schließt man daraus, kann man auch diese Fähigkeiten als Kapital bezeichnen und den anderen Kapitalarten zu- ordnen.

Diese scheinbare Gleichstellung mit dem Kapital sugge- riert gewissermaßen eine Aufwertung des Menschen. In Wirklichkeit bestätigt sie jedoch noch einmal die heute gegebene Überlegenheit des Kapitals. Denn der Mensch, der allein Umfang und Sinn allen Wirtschaftens bestim- men sollte, wird mit dieser begrifflichen Anpassung zu einem Teil des Kapitals und diesem damit untergeordnet. Schon mit der Gleichsetzung von Mensch, Boden und Kapital als "Produktionsfaktoren", hat die herkömmliche Wirtschaftswissenschaft den Boden für diese Herabwür- digung vorbereitet. Dabei weiß jeder, dass nur der Mensch Werte schaffen kann und alle anderen "Fakto- ren" dabei nur Hilfsmittel sind.

Mit der erneuten Gleichsetzung des Menschen mit dem Kapital, diesmal mit Hilfe der Begriffsverbindung "Hu- munkapital", wird nun auch noch der Eindruck erweckt (und das ist möglicherweise der Sinn dieser Wortschöp- fung!), als wären auch die Erträge aus Arbeitsleistungen mit jenen aus Kapital vergleichbar: So wie die normalen Kapitaleigentümer aus ihrem Geld- oder Sachvermögen



Helmut Creutz, Jg. 1923. Autor des Standardwerks „Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsord- nung“, das 2001 als 5., komplett überar- beitete und erweiter- te Neuauflage im Econ-Verlag erschien. Seine neueste Veröf- fentlichung: „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“, Signum Wirt- schaftsverlag Mün- chen Wien 2004

3



Foto: visipix.com | Goetti, Marianne, Staefa

ein laufendes Einkommen beziehen, so die "Humankapi- tal-Eigentümer" aus ihrem Arbeitsvermögen! Unter- schiedlich sind lediglich die Einkommensbezeichnun- gen, nämlich Zinsen und Renditen bei den einen, Löhne, Gehälter und alle übrigen Arbeitseinkommen bei den

Europäisches „Human- kapital“ im Büro.



Asiatisches „Humankapital“ bei der Seidenproduktion.

Foto: visipix.com | Keller, Esther, Niederglatt

anderen. Die Gleichstellung von Kapital und Arbeit - Traumziel vieler "Sozialreformer" - scheint also mit der Einführung des Begriffs "Humankapital" erreicht.

Wie sieht es wirklich aus?

Geht man den sachlichen Gegebenheiten nach, so ist der Begriff "Humankapital" jenen Orwell'schen Wortschöpfungen zuzuordnen, mit denen man die wirklichen Tatbestände bewusst verdeckt bzw. in ihr Gegenteil verkehrt. Denn wer Kapital besitzt, ob in Form von Geld-, Produktions- oder Bodenkapital, bezieht ein laufendes Einkommen, ohne selbst eine Leistung erbringen zu müssen. Er lässt bekanntlich - wie uns die Bankenwerbung laufend bestätigt - lediglich "sein Geld arbeiten". Das "Humankapital" des Menschen, ob in Form geistiger oder körperlicher Fähigkeiten, wirft jedoch nur Einkommen ab, wenn der Besitzer dieses "Kapital" arbeitend einbringt! Denn während der Besitzer eines Sparbriefs oder Bank-Zertifikats diese Papiere nur vorzuzeigen braucht um regelmäßige Einkünfte zu erhalten, hat man so etwas von dem Besitzer eines Gesellenbriefs oder Hochschul-Zertifikats noch nie gehört!

Foto: photocase.de

Doch mit dieser Unterscheidung ist nur der erste Teil des Unrechts aufgezeigt. Denn da die wirklichen Kapitalbesitzer Einkommen ohne Arbeit beziehen, müssen die wirklich Arbeitleistenden, neben der "Verzinsung" ihres

"Humankapitals" (sprich Lohn!), zwangsläufig auch noch die Einkünfte der Erstgenannten erwirtschaften. Anders ausgedrückt. Da in der Wirtschaft kein Einkommen vom Himmel fällt, kann das der Geld- und Sachkapitalbesitzer nur aus der Leistung jener abgezweigt werden, die - trotz ihrer Aufwertung zu "Humankapitalisten" - weiterhin Arbeit leisten müssen.

Der Unterschied zum zinsbringenden Kapital wird aber auch daran erkennbar, dass das "Humankapital" mit der Arbeitsmöglichkeit oder -fähigkeit seines Besitzers aus der Welt verschwindet. Das Geld- und Sachkapital dagegen, ganz gleich in welcher Form, bleibt selbst über den Tod des Besitzers hinaus erhalten. Und es wirft weiterhin ein Zinseinkommen an irgendwelche Erben ab, gleichgültig, ob diese in ihrem Leben jemals etwas leisten oder geleistet haben.

Vergleichbar sind zinstragendes Kapital und "Humankapital" lediglich in einem Punkt: Ihr Grundstock muss in beiden Fällen durch Arbeit geschaffen werden. Im ersten Fall durch Sparen, im zweiten Fall durch Lernen. Dann aber gehen die Einkommensbedingungen völlig auseinander. Denn nur für die erste Million muss man - wie das Sprichwort sagt - selber schuften, die nächsten kommen "von allein".

Resümee:

Die Übertragung des Kapitalbegriffs auf den Menschen bzw. auf die menschliche Arbeitskraft verschleiert die gegebenen kapitalbedingten Ausbeutungsmechanismen. Selbst der Ansatz, die Altersrente der Arbeitleistenden als eine Art "Verzinsung" des "Humankapitals" darzustellen und mit der echten Kapitalrente zu vergleichen, ist völlig abwegig. Nicht nur weil auch hier mit dem Begriff "Rente" (Rendite, Zins) die Köpfe vernebelt werden, sondern auch von der Sache her. Denn die Altersrente der Erwerbstätigen ist nichts anderes als eine Rückerstattung vorher geleisteter Einkommensabzüge. Die lebenslange und darüber hinaus vererbte Rente der Kapitalbesitzer aber ist und bleibt nichts anderes als ein Griff in die Tasche jener, die sich ihren Lebensunterhalt wie ihre Altersversorgung selbst erarbeiten müssen. Die Verwendung des Begriffs Humankapital ist darum nicht nur fahrlässig, sondern geradezu zynisch und es ist dankenswert, dass man das mit der Bezeichnung dieses Begriffs als "Unwort des Jahres" verdeutlicht hat! 

Wohnungsprobleme – Fragen ohne Antworten?

von Helmut Creutz

Das sprichwörtliche Dach über dem Kopf ist für jeden Menschen genau so wichtig wie Essen und Kleidung. Dass es im Zusammenhang damit immer wieder zu Schlagzeilen kommt, ist verständlich. Über Jahrzehnte hinweg beherrschte der Begriff Wohnungsmangel oder sogar Wohnungsnot die Diskussionen. Bedenkt man, dass die Pro-Kopf-Wohnfläche nach dem Krieg bei 10 Quadratmeter lag, inzwischen jedoch um 40 Quadratmeter schwankt, dürfte von Mangel kaum noch eine Rede sein. Das schon gar nicht, wenn man diese Größen mit den Gegebenheiten in den übrigen europäischen Ländern vergleicht, von der gesamten Welt ganz zu schweigen. Inzwischen ist bei uns der Mangel eher einem Überangebot gewichen, vor allem in den neuen Ländern. Dort gibt es nicht nur einen Leerstand bei den Plattenbauten, sondern häufig auch bei neu errichteten Gebäuden.



Foto: visipix.com | Schmitz, Gerd, Germany

Wer möchte da gern wohnen und arbeiten?

Untersucht man, wie es zu solchen Überangeboten auf dem Wohnungsmarkt kommt, wird man fast immer auf staatliche Eingriffe stoßen, genauer, auf staatliche Förderungen der Bautätigkeit. Zu solchem Übermaß an Neubauten kommt es vor allem dann, wenn man nicht das Bauen an sich fördert, sondern gutverdienenden Mitbürgern die Möglichkeit bietet, durch Finanzierung oder Finanzierungsbeteiligungen an Wohnungsbauprojekten ihre Steuerzahlungen zu minimieren. Warum aber fördert der Staat solche Möglichkeiten der Steuerreduzierungen, obwohl der sich doch ständig über zu geringe Einnahmen beklagt? Nun, es geht ihm in Wirklichkeit gar nicht um die Belebung des Wohnungsbaues, sondern ganz einfach um die der Wirtschaftstätigkeit, die über den Sektor Bauen in einem besonderen Maße beeinflussbar ist.

Kurz: Es geht ihm um die Belebung des Wirtschaftswachstums! Denn nur über eine Steigerung unseres Bruttosozialprodukts, kann er zu jenen höheren Einnahmen kommen, die er laufend für seine steigenden Ausgaben benötigt. Das heißt, mit der steuerlichen Förderung des Wohnungsbaues wirft er mit der Wurst nach dem Schinken, und das selbst auf die Gefahr hin, dass es an anderen Stellen zu Wohnungsabrisse kommt, die - bei unserer Art der Sozialprodukt-Berechnung - ebenfalls das Wirtschaftswachstum vergrößern. Warum aber ist dieses ständige Wirtschaftswachstum erforderlich,

das den Staat zu solchen letztlich fragwürdigen und widersprüchlichen Handlungen zwingt? Warum müssen unsere Volkswirtschaften überhaupt dauernd wachsen?

Selbst dann noch, wenn der Bedarf

weitgehend gesättigt ist, die Läden, Wohnungen und Schränke überquellen und die Bevölkerungszahlen sogar rückläufig sind? Dabei würde doch niemand ärmer, wenn er im nächsten Jahr nur das gleiche leisten und als Lohn erhalten würde wie in diesem Jahr! Er könnte sogar seinen Bestand an langlebigen Wohlstandsgütern, im gleichen Umfang wie in diesem Jahr, weiterhin vergrößern, von dem zusätzlichen Güterausstoß durch die Steigerungen der Produktivität nicht einmal zu reden.

Warum werden Politikern die Knie weich, wenn die Wachstumsraten gegen Null zu sinken drohen? Warum rufen Gewerkschaften und Unternehmerverbände unisono nach Wirtschaftswachstum und warum wagen selbst die Grünen kaum noch auf die damit verbundenen Umweltfolgen hinzuweisen?

Warum dieses ständige Wirtschaftswachstum?

Eine einfache und klare Antwort auf die obige Frage finden Sie in: „Der Standpunkt 1“ mit dem Titel „Wachstum, Wachstum ... über alles!“. Auf vier DIN A4-Seiten beschreibt Helmut Creutz mit anschaulichen Grafiken und Tabellen, warum unsere Wirtschaft immer wachsen muss und warum trotz Wachstum immer weniger zum Verteilen da zu sein scheint. Ideal für Interessenten, die etwas ausführlicher zu unserem Thema lesen wollen, aber denen ein Buch (noch) zuviel ist.

Bitte bestellen Sie bei:
(siehe auch Seite 20)

INWO Versand
Sambach 180
96178 Pommersfelden.
Email: Versand@INWO.de
Fax: 012 12 - 5 12 59 71 40



Foto: photocase.de

Plattenbauabrisse im Osten Deutschlands

Der Tsunami Südostasiens und der Kreislauf der ökonomischen Gewalt

Mangroven sind bis zu 30 Meter hohe Bäume und Sträucher aus verschiedenen Pflanzenfamilien. Sie sind in der Lage, das Salzwasser der Meere für sich nutzbar zu machen und besiedeln die Küstengebiete. Die "Weltunion für die Erhaltung der Natur" (IUCN) teilte mit, dass diese Biotope als Pufferzone die Tsunami-Welle vom 26. Dezember 2004 abgedämpft hatte und vielen Menschen das Leben rettete.

Norbert Rost, 1976 in der Lausitz geboren. INWO-Mitglied seit 2003, zur Zeit selbstständig als Wirtschaftsinformatiker. <http://www.regionales-wirtschaften.de>

6

Gebiete, in denen die Mangroven für die touristische Erschließung oder für den Fischfang oder die Garnelenzucht abgeholzt worden waren, wurden dafür umso stärker getroffen. Nach Angaben der Lighthouse-Foundation, einer Stiftung für Meere und Ozeane, hat allein das Inselreich Indonesien im Zeitraum von 1969 bis 1986 fast 50% seiner küstenschützenden Mangroven abgeholzt. In Indonesien starben durch die ungebremsste Flutwelle über 230.000 Menschen, weitere hunderttausende sind durch Zerstörungen und den Verlust von Angehörigen betroffen.

Die westliche Zivilisation ertränkte die betroffenen Gebiete daraufhin zum zweiten Mal. Nach der Flutwelle aus Wasser erfolgt eine Flutwelle aus Spenden-Geldern, so viel, dass beispielsweise das Schweizer Rote Kreuz die Spender bat, die Gelder auch in anderen Teilen der Welt einsetzen zu dürfen. Diese Welle der Hilfsbereitschaft und des Mitgefühls hat trotz ihrer Notwendigkeit einen faden Beigeschmack: Die Gelder fließen zum Großteil wieder in die Wirtschaft der Spendenländer zurück; sie ändern nichts an der ökonomischen Abhängigkeit der Entwicklungsländer; sie sind verspätete Symptom-Bekämpfung und verschleiern die Ursachen für das Ausmaß der Katastrophe.

Ökonomischer Kolonialismus

Bereits zu Beginn der Katastrophen-Aufarbeitung wurden immer wieder Gerüchte laut, die betroffenen Gebiete seien deshalb nicht rechtzeitig vor der anrollenden Welle gewarnt worden, weil dies dem Tourismus geschadet

hätte. Tourismus bedeutet Geld. Geld bedeutet wirtschaftliches Überleben. Und die Wirtschaft ist es, die weltweit im politischen Geschehen die Hauptrolle spielt und hinter der aktuell alle anderen Aspekte zurückstehen haben. Wurden im Fall des südostasiatischen Tsunamis Menschenleben aufs Spiel gesetzt, um nicht die Touristen mit ihren vollen Brieftaschen zu verschrecken?

Es stellt sich die Frage, warum wirtschaftliche Belange der Natur und dem Menschen dermaßen übergeordnet sind, dass Menschen geopfert und schützende Mangrovenwälder gefällt werden um sie durch Touristenzonen und Garnelenzucht zu ersetzen. "Follow the money" – "Folge dem Geld" heißt ein kriminalistisches Grundprinzip, wenn es um die Aufklärung von Verbrechen geht. Zum Verständnis der Zusammenhänge zwischen dem Tsunami-Tod Hunderttausender und den wirtschaftlichen Vorgängen lohnt sich ein Blick in die so genannte "Zirkulationssphäre des Geldes".

Nach Statistiken des Bundesministeriums für Finanzen schuldeten die vom Tsunami meistbetroffenen Länder allein der Bundesrepublik Deutschland ca. 5 Milliarden Euro (Stand Ende 2003). Wie bei Schulden üblich werden darauf Zinsen fällig. Wichtig ist die Währung, in der die Kredite vergeben wurden, denn sie bestimmt, in welcher Währung Zinsen und Tilgung zurückzuzahlen sind. Wenn ein Kredit in Euro oder Dollar vergeben wird, so werden auch Zinsen und Tilgung in Euro oder Dollar fällig. Die einheimischen Währungen der Entwicklungsländer werden für die Kreditbedienung nicht akzeptiert. Aus dieser Situation heraus sind alle Kreditnehmer gezwungen, sich die ganze spezielle Währung zu "besorgen", um ihren Vertragspflichten nachzukommen. Dies ist der Grund, warum westliche Touristen in Entwicklungsländern so gern gesehene Gäste sind: Sie bringen genau die Währungen ins Land, die man braucht, um die Verpflichtungen an jene Länder zu bedienen, aus denen die Touristen kommen.

Die ganze so genannte "Dritte Welt" ist zu großen Teilen in Dollar und Euro verschuldet. Sie ist somit in einen unfairen Konkurrenzkampf um die ewig knappen Dollars und Euros auf dem Weltmarkt gezwungen. Unfair deshalb, weil die Industrienationen zugleich ihre eigenen Märkte durch Zölle und Einfuhrbestimmungen abschotten, eigene Wirtschaftszweige hoch subventionieren, durch globale Patente Eigenentwicklungen im Rest der Welt verhindern und als Gläubiger gegenüber den Schuldnern grundsätzlich schon in einer besseren Machtposition sind.

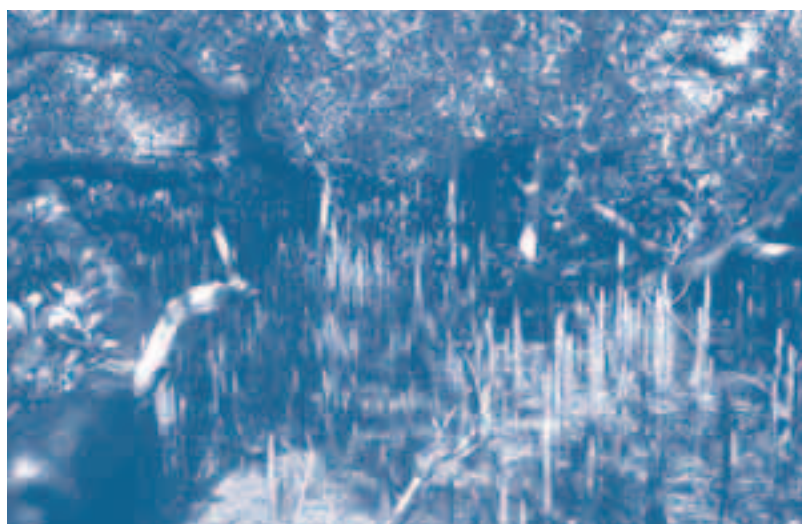


Foto: Wikipedia.org / Eric Guinther

Mangrovenwald an naturbelassener Küste

Die Staaten des Nordens stecken selbst in einer Schuldenspirale; wodurch die Frage entsteht: Wer sind eigentlich die Gläubiger all dieser Schuldner?

Die Entwicklungsländer sind aufgrund dieser Situation gezwungen, ihre Ressourcen auszubeuten. Anstatt sie der eigenen Bevölkerung zukommen zu lassen, müssen sie den eigenen Reichtum gegen harte Währung auf dem Weltmarkt anbieten. Profiteure sind die Menschen in den Industrienationen, die auf diesem Weg zu billigen Bananen, Kaffee, Garnelen, Öl und Tourismusleistungen kommen. Die globale Währungssituation führt somit zu einem modernen Kolonialismus, der weniger durch militärische Besetzungen als durch finanzielle Abhängigkeiten manifestiert wird.

Die Folgen dieser Abhängigkeit sind vielfältig und fallen auch auf die heutigen Profiteure zurück. Die Entwicklungsländer sind gezwungen, Teile ihrer Industrie auf die Bedürfnisse der reichen Nationen umzustellen. Das ständige Einsammeln von Devisen auf dem Weltmarkt ist nötig, um nicht die Kreditwürdigkeit zu verlieren. Dies würde die heimischen Ökonomien durch steigende Zinsen empfindlich treffen. Also werden Tourismuszentren aus dem Boden gestampft und Mangrovenwälder für die Garnelen-Zucht gefällt. Einem Bericht der Vereinten Nationen zufolge stammen 80 Prozent des weltweiten Garnelen- und Shrimp-Verbrauchs aus den Entwicklungsländern im asiatischen Raum.

Spenden-Kreislauf

Die billigen Bananen und Shrimps im Supermarkt machten die Spendenflut nach der asiatischen Sintflut also erst nötig. Der industrialisierte Verbraucher zahlt letztlich also doch wieder für die Schäden, die seine Konsumhaltung und sein eigenes Wirtschafts- und Währungssystem angerichtet hat - wobei hunderttausende Tote, Zerstörungen von menschlichen Lebensentwürfen und der Umwelt mit Geld nicht aufzuwiegen und schon gar nicht kurzfristig reparierbar sind. Doch auch die Spenden kommen nicht nur den Tsunami-Geschädigten zugute, sondern in nicht geringem Maße auch den Spendern selbst. Spenden in Euro, Dollar oder Schweizer Franken fließen in bedeutendem Maße wieder in die Ökonomien zurück, aus denen sie stammen. Die "Heimatgebiete" dieser Währungen sind Europa und Nordamerika, also die industrialisierten Länder. Jeder Euro oder Dollar, der irgendwo auf dem Globus existiert, findet in diesen Wirtschaftszentren das größte Angebot – und neigt deshalb dazu, wieder dorthin zurückzufließen und dort die Wirtschaft anzukurbeln. Natürlich werden die Spendenmilliarden auch beim Aufbau in Asien helfen. Bleibt jedoch die Abhängigkeit der Entwicklungsländer gegenüber den industrialisierten Gläu-

bigern bestehen, ändert sich an den grundsätzlichen Abhängigkeits- und kolonialisierungsähnlichen Verhältnissen nichts.

Entschuldung und Hilfe zur Selbsthilfe

Geholfen wird den Entwicklungsländern langfristig deshalb mehr durch einen generellen (und wie bereits in uralten Schriften in Form eines "Erlassjahres" vorgeschlagenen regelmäßigen) Schuldenerlass. Doch dazu können sich die Politiker der mächtigen Nationen bzw. deren Auftraggeber, die Wähler, nicht durchringen. Zum



Foto: Wikipedia.org / Thorfin Stainforth

Geschäftsstraße nach der Flut in Patong Beach, Phuket, Thailand

einen stecken selbst die Staaten des Nordens in einer Schuldenspirale, zum anderen wissen die Strategen natürlich, dass sie ihre willkommene Machtposition gegenüber den Entwicklungsländern verlieren würden – und damit die Chance auf politische und wirtschaftliche Einflussnahme. Für die großen, rein auf Rendite optimierenden Konzerne und ihre politischen Vertreter gibt es keinen Grund, auf die lukrative Abhängigkeit der Entwicklungsländer zu verzichten.



Foto: Wikipedia.org

Verheerende Verwüstungen in Sumatra



Fotos: www.jakartaresistance.net

Nach dem Tsunami

Spendengelder aus dem Norden sollten genutzt werden, um eine wirtschaftliche Grundstruktur zu schaffen und KnowHow und Maschinen aus dem Norden zu kaufen. Für all das, was die betroffenen Regionen auch selbst herstellen können, sollten sie die Spenden-Euros und -Dollars nicht nutzen, sondern lieber auf ihre regionalen Währungen zurückgreifen. Hilfreich wäre es natürlich auch für diese Regionen, wenn die (zerstörerischen) Problematiken der heute dominanten Währungen erkannt und durch Freigeld-Konzepte ergänzt bzw. ersetzt werden. Das Ziel sollte es schließlich sein, dass jede Region der Welt sich selbst helfen kann und Abhängigkeiten nach außen vermeidet.

Eine Lösung aus dieser Klemme kann für die Menschen in den Entwicklungsländern nur darin liegen, sich über die Gesetzmäßigkeiten der heutigen globalen Währungsdominanz einiger weniger Währungen klar zu werden und entsprechend gemeinschaftlich gegenzusteuern. Die

So lange das globale Währungssystem heutiger Form jedoch besteht, werden auch weiterhin natürliche Mangrovenwälder gegen blankgeputzte Touristenzonen getauscht werden – bis die Umweltkatastrophen auch den letzten Menschen davon überzeugt haben, dass am heutigen Wirtschaftssystem irgendwas nicht stimmen kann. 

Mangrovensumpf

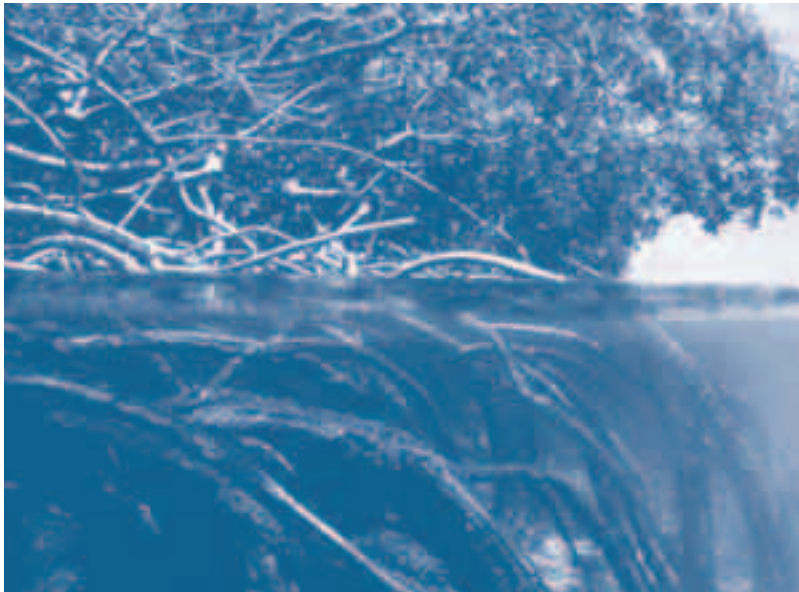


Foto: Wikipedia.org

Quellen:

<http://www.lighthouse-foundation.org/lighthouse-foundation.org/explorer/artikel00537.html>
<http://www.nachrichten.ch/detail/200578.htm>
<http://www.blick.ch/news/killerflut/artikel17689>
<http://www.facts.ch/dyn/magazin/ausland/451320.html>
<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Art-ein-eWelt/5878.php>
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19377/1.html>

Ernst Abbe - genialer Physiker, sozialer Unternehmer und Stiftungspionier*

Im Jahr 2004 wird ein Stiftungsunternehmen in Jena gegen den Willen der Belegschaft und in völliger Mißachtung der Grundsätze des Stifters in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Unternehmen heißt Carl Zeiss, der Stiftungsgründer heißt Ernst Abbe und sein Todestag jährte sich am 14. Januar 2005 zum einhundertsten Mal. Wer war nun dieser Ernst Abbe, und was waren seine wirtschaftspolitischen Grundsätze?

Es ist schon ein starkes Stück deutscher Wirtschaftsgeschichte, und zwar in doppelter Hinsicht: Da bringt 1896 Ernst Abbe, genialer Physiker und politisch engagierter, sozialer Unternehmer zugleich, seine gesamten Firmenanteile in eine Stiftung ein. Damit gehört das Unternehmen sich selbst und bleibt frei von Investoren, die ihre eigenen Interessen vertreten. Es gibt keine Aktionäre, die mit ihren Dividenden Geld aus dem Unternehmen ziehen. Sein einziger Zweck soll die Entwicklung erfolgreicher Produkte sowie die Fürsorge für seine Mitarbeiter sein. Außerdem schreibt der Stiftungsgründer fest, daß ein Vorstand nicht mehr als das Zehnfache eines qualifizierten Durchschnittslohnes verdienen darf und nicht am Gewinn des Unternehmens beteiligt ist. Anno 2004 wird all das niedergerissen - das Stiftungsunternehmen wird gegen den Willen der Belegschaft und in völliger Mißachtung der Grundsätze des Stifters in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Die Änderung des Stiftungsstatutes

Nach langem juristischen Tauziehen haben Heinz Dürr, ehemals Vorstandsvorsitzender bei der AEG und später bei der Deutschen Bahn, Stiftungskommissar der Carl-Zeiss-Stiftung seit 1. Januar 1999 und sein Nachfolger Tilman Todenhöfer, ihr Ziel erreicht: Seit dem 1. Juli 2004 ist Carl Zeiss eine Aktiengesellschaft.³ Die Vorstände bei Zeiss können künftig mehr verdienen und am Gewinn des Unternehmens beteiligt werden, wie dies ja auch in anderen deutschen Großunternehmen üblich ist. Das war es jedoch auch schon zu Abbes Lebzeiten. Trotzdem wollte Abbe, daß es bei Zeiss anders zugehe. Bewußt hatte er sich für ein Stiftungsunternehmen, wo es den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit⁴ nicht gab und gegen eine Aktiengesellschaft entschieden.

Dürr begründet die Umwandlung mit Paragraph 118 der Statuten: dort wird gesagt, daß das Statut anzupassen sei, wenn sich die wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Verhältnisse ändern. Und die, so Dürr, hätten sich nun wahrlich geändert. Was wohl niemand bestreiten wird. Dennoch bleibt die Frage, ob man sich derart rücksichtslos über den Stifterwillen hätte hinwegsetzen dürfen. Immerhin versuchten Zeiss-Mitarbeiter, die Reform zu verhindern. 2002 zogen rund 80 Mitarbeiter vor das Landgericht Ellwangen. Als sie verloren hatten, gingen sie vor dem Oberlandesgericht Stuttgart in Berufung und unterlagen im Juni 2003 erneut. Damals hatten die Kläger schon 50 000 Euro aus eigener Tasche gezahlt. Bei früheren Streitigkeiten um das Statut hatte stets das Unternehmen alle Gerichtskosten übernommen. Unter

Dürr endete diese Praxis. Doch die Kläger gaben nicht auf. Ende 2002 unterschrieben 1600 Mitarbeiter einen Protestbrief an die Stiftungsverwaltung. Unterstützt wurden sie von dem Stiftungsexperten Professor Olaf Werner von der Universität Jena und dem Juristen Professor Bernd Rüthers. Beide kamen zu dem Schluß, daß die Frage, ob das Statut geändert werden darf, vor dem Bundesgerichtshof geklärt werden müsse. Doch der nahm die Klage nicht an. Die Rechtssache Carl Zeiss habe keine grundsätzliche Bedeutung, so die Begründung. Sein Vertrauen in die obersten Gerichte sei „jedenfalls nicht gewachsen, so Rüthers, der selbst 14 Jahre lang Richter am Oberlandesgericht Stuttgart war. Der Fall Zeiss werde Folgen haben. Jeder Stifter müsse sich doch fragen, was sein Wille in Zukunft wert sei.

Abbe zum Verhältnis von Kapital und Arbeit

Hochinteressant sind die Ausführungen zur Volkswirtschaft, die Abbe im Freisinnigen Verein zu Jena am 7. und 21. März 1894 vortrug. Unter dem Titel „Welche soziale Forderungen soll die Freisinnige Volkspartei in ihr Programm aufnehmen?“¹ liefert Abbe eine brisante Analyse, die bis heute nichts an Aktualität verloren hat. Als Zielvorstellung formuliert er die Schaffung eines Steuersystems, das Regulator zu sein habe für das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit und gleichzeitig auch Korrektiv gegen „gewisse zerstörende Wirkungen der unkontrollierten privat-kapitalistischen Produktionsweise“.² Abbe kritisiert, daß „die Verzinsung des Nationalvermögens“ vorweg ein Drittel der gesamten Werterzeugung beanspruche und nur zwei Drittel für die



Frank Bohner, Studienrat, von 1996 bis 2001 Mitarbeiter des INWO-Rundbriefs

9



Ernst Abbe

*Der Text erschien unter der Überschrift „Arbeiten für ein paar wenige“ in „Das Goetheanum“, Nr. 4/2005. Wir danken für die Abdruckgenehmigung.

"Mindestens 80 Prozent des gesamten Volkes ist gegenwärtig tributpflichtig geworden zugunsten der oberen 5 Prozent."

(aus "Welche sozialen Forderungen soll die Freisinnige Partei in Ihr Programm aufnehmen?", 1894, S. 12)

Arbeitstätigkeit übrig lasse. Mithin habe "die Gesamtheit aller Arbeitenden in allen Tätigkeitsgebieten, dem Durchschnitt nach, immer zwei Tage in der Woche zu arbeiten für die Gesamtheit der Besitzenden, d.h. derer, welche Miteigentümer des Nationalvermögens sind, dessen Verzinsung vorweg aufgebracht werden muß."

Von unten nach oben - Zinsen als 'Entwicklungshilfe' für die Reichen Die Frage nach einem besseren Steuersystem sowie einer gerechten Geldordnung

Ob eine Vermögensteuer allerdings zwingender Bestandteil eines sozial gerechten Steuersystems sein muss, das wäre eine Frage für sich. Immerhin ist Abbes Analyse - leider - auch heute immer noch gültig. In Deutschland und auch anderswo befindet sich der Staatshaushalt am Rande des Abgrunds. Die Zahl der überschuldeten Haushalte wächst: 3,3 Millionen sind es alleine in Deutschland. Zwangsversteigerungen gab es 2004 so viele wie noch nie, und die Probleme wachsen weiter.

über die Bedürfnisse selbst einer erhöhten Lebenshaltung" weit hinausgehe". Dabei müsse „die Ungleichmäßigkeit der Verteilung sowohl von Einkommen wie von Besitz immer weiter zunehmen und von Jahr zu Jahr ein immer größer werdender Teil der gesamten Tributsumme dem kleinen Prozentsatz der Reichen zufließen". Dabei aber werde „die gesamte Wirtschaftstätigkeit des Volkes - gleichfalls in immer steigendem Maße - dadurch gelähmt, daß fortgesetzt ein großer Teil des effektiven jährlichen Arbeitsertrages der Gesamtheit dem Konsum vorenthalten, dem wirklichen Gebrauch entzogen" bleibe.

Ernst Abbe wurde in Eisenach (Thüringen) am 23. Januar 1840 geboren. In der Volksschule fiel der junge Ernst bald durch seine ungewöhnlichen Geistesgaben auf; mit siebzehn Jahren verließ er das Gymnasium mit glänzenden Zeugnissen, um in Jena zu studieren. Dort arbeitete er nebenher in der Werkstatt des Optikers Carl Zeiss, der der Universität Apparate lieferte. Nach vier Semestern siedelte er nach Göttingen über, wo er 1861 promovierte. Er fand eine Stelle als Assistent der Sternwarte, doch noch im selben Jahr zog er nach Frankfurt am Main, wohin ihn ein physikalischer Verein berufen hatte. Im August 1863 begann er, Vorlesungen an der Universität in Jena mit dem Ziel zu halten, sich als Privatdozent zu habilitieren. 1870 wurde Abbe Professor, 1877 Direktor der Sternwarte in Jena, wo die Familie in ein Haus umzog, das früher Schiller bewohnt hatte. Er trat der „Freisinnigen Volkspartei“ bei. Den Sozialismus als wirtschaftliche Theorie wie auch die „privat-kapitalistische Produktionsweise“ lehnte er mit begründeter Schärfe ab. Mit ebensolcher Schärfe wandte er sich jedoch auch gegen jeden Versuch der Unterdrückung der sozialdemokratischen Bewegung. Im Jahre 1876 trat er als Teilhaber in die Firma von Carl Zeiss ein. Dritter im Bunde war Otto Schott, dem 1880 die Herstellung von Spezialgläsern für die optische Industrie gelungen war. Abbe blieb, obwohl er Unternehmer geworden war, weiterhin Professor und führte seine Vorlesungen fort. 1896 kam es zur Gründung der „Carl-Zeiss-Stiftung“. Abbe führte 1900 den Achtstunden-Tag ein. Er hatte erlebt, wie sein bis zu 16 Stunden täglich Fabrikarbeit leistender Vater, ein Mann von Hünengestalt, einen halben Kopf größer als Ernst Abbe, der selber fast zwei Meter groß war, mit 48 Jahren in Haltung und Aussehen ein Greis war. Im Jahre 1903 mußte Abbe aus gesundheitlichen Gründen von seinem Posten zurücktreten. Er starb am 14. Januar 1905.⁵



Illustration: Carl Zeiss

Die erste Werkstatt von Carl Zeiss

Da „von der Gesamtsumme, die zur Verzinsung des Nationalvermögens jährlich aufgebracht" werden müsse, „ein sehr beträchtlicher Teil auf eine relativ ganz geringe Zahl von bevorzugten Nutznießern" entfalle, nämlich „den Eigentümern der sehr großen Vermögen“, werde dadurch diesen ein Einkommen verschafft, „welches



Die Firma Carl Zeiss in Jena heute.

Weder gerecht noch unabänderlich

Abbe bezeichnet „Einrichtungen“ wie diese als weder sittlich gesund noch gerecht und vernünftig. Auch seien sie nicht notwendig oder unabänderlich. Er verweist dabei auf den biblischen Satz: „Im Schweiße deines Angesichts, sollst du dein Brot essen.“ Das Zinswesen sei „voll innern Widersinns“ und trage „den Keim unabwendbarer Zerstörung in alles, was dauernd zu beherrschen ihm gelingen sollte.“

Abbe erwähnt an dieser Stelle das Beispiel „von dem Pfennig, der seit Christi Geburt zu ganz niedrigem Zinsfuß auf Zins liegend, heute den Wert eines Goldklumpens gewonnen haben müßte, schwerer als alles Gold der Erde zusammengenommen“. Die Zinsansprüche der Großvermögen seien daher laut Abbe "nichts anderes mehr ... als Anweisungen auf den Arbeitstribut zukünftiger, noch ungeborener Geschlechter.“ Abbe folgert daraus: „Elimination des Zinswesens aus dem Wirtschaftssystem der Völker ist daher die Voraussetzung für eine haltbare, nicht auf völlige Desorganisation hinsteuernende Wirtschaftstätigkeit.“ Unweigerlich denkt man bei dieser Analyse an die Ausführungen von Silvio Gesell und Rudolf Steiner zum Geld, speziell zum Zinseszinsseffekt.

Abbes Therapieverschlagn

Der von Abbe favorisierte Ausweg aus dem geschilderten Dilemma war die „Beseitigung der indirekten Steuern und auch Beseitigung aller Besteuerung des Arbeitseinkommens.“ Abbe plädierte statt dessen für eine „reine Vermögensteuer, welche, nach oben progressiv, alle größeren Vermögen“ besteuern solle, „in der Absicht, den Zinsabwurf des gesamten Nationalvermögens für den

Staat ... in Anspruch zu nehmen“. Auch wenn man der Meinung sein kann, daß sich die von Abbe dargestellten Probleme nicht allein durch steuerliche Maßnahmen lösen lassen, so stellt sich auch uns heute - mit zunehmender Dringlichkeit – die Frage nach einem besseren Steuersystem sowie einer gerechten Geldordnung. 

"Weitere sehr verhängnisvolle Wirkungen ergeben sich auf Grund des Umstandes, daß von der Gesamtsumme, die zur Verzinsung des Nationalvermögens jährlich aufgebracht wird, ein sehr beträchtlicher Teil auf eine relativ ganz geringe Zahl von bevorzugten Nutznießern entfällt, den Eigentümern der sehr großen Vermögen, und dadurch diesen ein Einkommen verschafft, welches über die Bedürfnisse selbst einer sehr erhöhten Lebenshaltung weit hinausgeht."

(aus "Sozialpolitische Schriften", Jena 1906, S. 12f)

Literatur:

- ¹ Gesammelte Abhandlungen von Ernst Abbe. Dritter Band. Vorträge, Reden und Schriften sozialpolitischen und verwandten Inhalts. Jena 1906
- ² Dieses und alle weiteren Zitate siehe Anm. 1, S. 7 - 16
- ³ Die folgenden Ausführungen über die Statutenänderung basieren auf einem Aufsatz von Sönke Iwersen: „Unser Großvater hätte das niemals unterschrieben“, Stuttgarter Zeitung vom 3.8.2004, S. 11
- ⁴ Heinz Hartmut Vogel: Stiftungsunternehmen als ein erster Schritt zur Überwindung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit. In: Fragen der Freiheit, Heft 201, S. 43f. Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 36, 73087 Bad Boll, Tel. 07164-3673. www.sffo.de
- ⁵ Ausführliche Biographie siehe Werner Schmid (1939): Ernst Abbe, der Begründer der Zeiss Werke in Jena. In: Fragen der Freiheit, Heft 201, S. 8-42. Bezug: siehe Anm. 4

Vor 75 Jahren am 11. März 1930 starb Silvio Gesell in Eden-Oranienburg.

Gesells Hauptverdienst ist die Erkenntnis, dass das aus dem Altertum übernommene Geldwesen versagt, wenn sich die Wirtschaft im Sinne von Renditeerwartungen entwickelt. „Man wußte vorher nicht, dass das Geld den Zins zur Bedingung seiner Betätigung macht, dass die Wirtschaftstrocknungen, der Fehlbetrag im Haushaltsplan ..., die Arbeitslosigkeit, Wirkungen des herkömmlichen Geldes sind.“¹⁾

Und Gesell erfand das „Freigeld“, das stetig umlaufen würde, denn seine Eigenschaften sind denen von Waren und Arbeitskraft angepasst, so dass es wenig Vorteil brächte, dieses Tauschmittel dem Markt zu entziehen.

„Der hinter dem gestempelten Geld liegende Gedanke ist gesund.“

John Maynard Keynes ²⁾

Die von ihm entwickelte Wirtschaftstheorie fasste Gesell zusammen in seinem Werk: „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“, kurz „NWO“ genannt. Sie erlebte seit 1916 zwölf Auflagen in deutscher Sprache. Weitere Auflagen erschienen in englischer, französischer und spanischer Sprache.³⁾ Der Name der IN-WO leitet sich vom Titel dieses Buches ab. Da trotzdem vielen Leserinnen und Lesern die NWO nicht bekannt sein dürfte, folgen weiter unten einige Zitate Gesells.

Gesell war zwar ein erfolgreicher Kaufmann, aber kein Berufsökonom und wurde daher - mit wenigen Ausnahmen - von der „Fachwelt“ bisher kaum wahrgenommen. Der berühmte Ökonom John Maynard Keynes bescheinigt, Gesells Hauptwerk sei „in kühler wissenschaftlicher Sprache geschrieben, obschon es durchweg von einer leidenschaftlicheren, einer erregteren Hingabe für gesellschaftliche Gerechtigkeit durchströmt sei, als manche für einen Gelehrten schicklich finden.“⁴⁾

Wenn auch die Sprache Gesells uns Heutigen vielleicht ein wenig altertümlich vorkommt, der Inhalt ist nach wie vor aktuell. Hier als Kostprobe Zitate aus dem Vorwort zur 4. Auflage der NWO vom 5. Mai 1920:

„Den Parteien, samt und sonders, fehlt das wirtschaftliche Programm; zusammengehalten werden sie alle nur durch Schlagworte. Aus dem Kapitalismus müssen wir heraus, das erkennen sogar die Kapitalisten selbst. ... Der Europäer ist den von dem Kommunismus untrennbaren Gebundenheiten entwachsen. Er will frei sein, nicht allein frei von der kapitalistischen Ausbeutung, sondern auch frei von den behördlichen Eingriffen, die sich doch beim Zusammenleben in einer auf Kommunismus eingerichteten Gemeinschaft nicht vermeiden lassen. ...

Steht der in Gütergemeinschaft lebende Kommunist am äußersten rechten Flügel, am Ausgangstor der gesellschaftlichen Entwicklung, bedeutet darum die kommunistische Forderung

den letzten reaktionären Schritt, so muß die NWO als Programm der Aktion, des Fortschrittes des äußersten linken Flügelmannes angesprochen werden. Alles, was dazwischen liegt, sind nur Entwicklungsstationen.

Die Entwicklung vom Herdenmenschen, vom Teilmenschen zum selbständigen Vollmenschen, zum Individuum und Akraten⁵⁾, also zum Menschen, der jede Beherrschung durch andere ablehnt, setzt mit den ersten Anfängen der Arbeitsteilung ein. Sie wäre längst vollendete Tatsache, wenn diese Entwicklung nicht durch Mängel in unserem Bodenrecht und Geldwesen unterbrochen worden wäre. – ... Heute heißt es: ‚Durch- oder Untergang‘, nicht Stillstand, nicht Rückschritt, sondern durch den Hohlweg des Kapitalismus, in dem wir stecken blieben, hinaus ins Freie.“⁶⁾

1927 umfasste Gesells schriftstellerisches Werk insgesamt weit über 5000 Seiten. Die bereits 1918 von ihm vorausgesagte Wirtschaftskrise begann die Weimarer Republik zu zerstören. Auf den Börsencrash vom Oktober 1929 reagierte er mit der Forderung, die Strukturen der Geldwirtschaft zu reformieren statt die Krisenursachen bei Personen zu suchen.

Ich glaube, das die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird.⁷⁾



Silvio Gesell, Winter 1929/1930

Foto: Verlag für Sozialökonomie, Lütjenburg

Anmerkungen:

- 1) aus Silvio Gesell: Gesammelte Werke, Bd. 11/1920, Lütjenburg 1991, Vorwort zur 3. Auflage, Seite XIX/XX
- 2) John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1983, Seite 302
- 3) siehe Anmerkung 1: "Zum Geleit" von Werner Onken, Seite VII
- 4) siehe Anmerkung 2, Seite 300
- 5) Wortschöpfung von Gesell
- 6) siehe Anmerkung 1, Seite XXV/XXVI
- 7) siehe Anmerkung 2, Seite 300

Wer den Straßenverkehr blockiert, wird dafür bestraft. Wer den Geldverkehr lahm legt, kommt ungeschoren davon oder wird sogar über den Zins belohnt. Und schadet damit dem Wirtschaftskreislauf! Gängiges Gegenargument: Das macht doch niemand. Oh doch, berichtet die **Financial Times Deutschland** vom 27.11.2004.

"Bis Ende Oktober seien 46 Prozent des noch im Dezember 2000 umlaufenden D-Mark-Münzbestandes noch nicht zurückgegeben worden, sagte Bundesbank-Sprecherin Gabriele Reitz-Werner. Dies entspreche einem Wert von 7,3 Mrd. D-Mark (3,7 Mrd. Euro). Insgesamt sind 24,5 Milliarden Münzen und 191 Millionen Banknoten noch nicht an die Bundesbank zurückgefloßen."

Geldhortung hat es zu DM-Zeiten gegeben und es gibt sie auch beim Euro. Dabei spielt die Überlegenheit des Geldes gegenüber den mit ihm zu tausenden Gütern eine entscheidende Rolle. Durch Zurückhaltung und künstliche Verknappung des Geldangebotes kann ein positiver Zins erpresst und ein marktgerechtes Absinken der Zinsen gegen Null verhindert werden.

Die Vereinten Nationen wollen 2005 zum Jahr des Mikrokredits machen. Anleger reiben sich schon die Hände, weil Entwicklungshilfe statt wohltätig nun endlich ein lohnendes Geschäft werden könnte. Der **Züricher Oberländer** betitelt einen Artikel über Mikrokredite "Entwicklungshilfe kann auch rentabel sein". Ein Sprecher der Citigroup, eines der größten Kreditunternehmen der Welt, freut sich im **Handelsblatt** vom 06.01.2005: "Der Bereich der Mikrokredite wandelt sich von einem Wohltätigkeits- dominierten Bereich hin zu einem kommerziell nachhaltigen Geschäft".

Die Großbanken wittern bereits das Geschäft, heißt es im Handelsblatt weiter. Die Deutsche Bank rechnet mir vier bis fünf Prozent Rendite bei den Mikrokrediten. Dabei ist die Verschuldung schon jetzt eines der größten Probleme der dritten Welt. Kredite haben die armen Menschen bisher nur

noch ärmer gemacht. Nach Schätzungen fließen täglich 300 Millionen US-Dollar von der dritten in die erste Welt. Nachhaltige Entwicklungshilfe sieht anders aus!

Norbert Rost schreibt für das Online-Magazin **Telepolis** am 16.01.2005 über "Arbeits- und Kapitaleinkommen". Der Autor berichtet über eine kleine, vermögende Minderheit, die die Mehrheit versklavt.

"Wenn eine Person eine andere zwingt, ohne Gegenleistung Zeit zu opfern, um Arbeiten zu verrichten, so lässt sich dies als Sklaverei bezeichnen. Sklaverei geht einher mit Freiheitsberaubung der Sklaven und ist Diebstahl ihrer Lebenszeit. Sklaverei ist in der so genannten zivilisierten Welt moralisch geächtet und gesetzlich untersagt. Trotzdem findet sie in einem Maße statt, das nur wenigen bewusst ist. Der Großteil der Menschheit wird dabei von einer kleinen vermögenden Elite als Sklaven eingesetzt - legitimiert und gefördert durch Wirtschaftswissenschaften, Politik, einem passenden Rechtssystem sowie einem durch indirekte Wirkungsweisen und undurchsichtig wirkenden Wirtschaftssystem."

Rost bezieht sich bei seiner Analyse auf Helmut Creutz. Als Beispiel für die Sklaverei mit System berechnet er die Kapitalkosten für eine Mietwohnung:

"Bei einer Wohnung im Wert von 100.000 Euro erwartet der Besitzer eine Verzinsung seines investierten Kapitals mindestens entsprechend dem Geldmarktzinssatz. Eine Verzinsung von 5% entspräche hierbei 5.000 Euro jährlich bzw. ca. 420 Euro monatlich, die der Mieter pro Jahr an den Wohnungsbesitzer bezahlen muss."

Bei einer Miete von 600 Euro entspreche der Anteil der Kapitalkosten etwa 70 Prozent. Im Durchschnitt sind es bei jedem Produkt, das wir kaufen, etwa 30 Prozent! Daran ergeben sich tagtäglich Zinszahlungen von 980 Millionen Euro allein in Deutschland. Nur etwa zehn Prozent der Bevölkerung profitieren davon, mindestens 80 Prozent zahlen jeden Tag drauf.

Der **Kölner Stadt-Anzeiger** stellt am 20.01.2005 das "Politische Buch" von Günther Moewes vor: Geld oder Leben heißt es und bietet erstaunliche Einsichten.

"Es gehe darum, schreibt der Dortmunder Wirtschaftsautor Günther Moewes, der ungeheuerlichen Behauptung entgegenzutreten, die Staatsschulden seien durch die überbordenden Kosten des Sozialstaats entstanden. Diese Staatsschulden von 1,3 Billionen Euro sind entstanden, weil der Staat nicht verhindert hat, dass zehn Prozent der Bevölkerung 1,3 Billionen Euro an leistungslosen Kapitaleinnahmen angesammelt haben."

Der Journalist fragt: Also liegt die gigantische Verschuldung der öffentlichen Kassen doch nicht an ausufernden Sozialausgaben, nicht am Schlendrian, nicht an der schwachen Konjunktur?

Richtig, es gibt dafür andere Gründe, auf die Moewes aufmerksam macht. Nicht umsonst sind die Zinsen mittlerweile der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt. Täglich fließen allein in Deutschland 980 Millionen Euro Zinsen vor allem in die bereits prall gefüllten Taschen einer Minderheit. Dagegen sind die Einsparungen im Sozialbereich wie beispielsweise durch Hartz IV Peanuts.

Und wieso überhaupt schwache Konjunktur? Deutschland ist nach wie vor Exportweltmeister. Die Wirtschaft ist auch im vergangenen Jahr gewachsen. Doch wo ist der Ertrag, wo ist das Geld von 1,6 Prozent Wirtschaftswachstum geblieben?

Diese und andere Fragen beantwortet Moewes in "Geld oder Leben", erhältlich auch im INWO-Shop.

Die staatseigene KfW-Bankengruppe, früher Kreditanstalt für Wiederaufbau, will Kredite fürs Studium anbieten. Damit sollen Studenten ihre Lebenshaltungskosten bestreiten. Ein Zusammenhang mit möglichen Studiengebühren bestehe nicht, berichtet die **Welt** am 01.02.2005.

Pressespiegel

"Erstmals werden die Darlehen vermutlich ab dem Wintersemester 2005 vergeben. Derzeit diskutiert die KfW über einen Höchstbetrag von 650 Euro monatlich mit einem Zinssatz von rund fünf Prozent pro Jahr. Nach Beendigung des Studiums müsste es dann innerhalb von 25 Jahren zurückgezahlt werden. Die Ratengestaltung soll flexibel sein. Das Risiko für mögliche Kreditausfälle könnte der Staat übernehmen."

Bezieht ein Student acht Semester oder vier Jahre lang 650 Euro im Monat, hat er 31.200 Euro Schulden angehäuft. Bei einer Verzinsung von fünf Prozent werden dann jährlich 1560 Euro fällig - ohne einen Cent Tilgung wohlgemerkt!

Trotz des verhältnismäßig günstigen Zinssatzes ist das alles andere als ein optimaler Start ins Berufsleben. Für einen Juristen mag das leicht abzubezahlen sein, für einen Diplompädagogen aber nicht unbedingt. Eine Garantie für einen Job oder ein angemessenes Einstiegsgehalt gibt es mit dem KfW-Kredit nämlich nicht.

Kredite, auch mit leicht niedrigeren Zinsen, sind keine Lösung für Probleme wie Bildungsabbau und Arbeitslosigkeit. Ein Null Zins-Niveau, wie es die INWO anstrebt, eröffnet neue Möglichkeiten in den Bereichen Arbeit, Bildung, Umwelt & Soziales.

Auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen den Gürtel noch enger schnallen. Der neue Tarifvertrag freut vor allem die Arbeitgeber, doch dem Steuerzahlerbund geht das nicht weit genug. Er fordert deutlich mehr Kürzungen bei den Arbeitnehmern, berichtet die **Hessisch-Niedersächsische Allgemeine** (HNA) am 11.02.2005.

"Die Arbeitszeit hätte auf mindestens 40 Stunden pro Woche erhöht werden müssen. Das bringt Einsparpotenzial, weil weniger Personal benötigt wird. Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld gehören ganz abgeschafft."

Die Länder könnten sich den neuen Tarifvertrag einfach nicht leisten - trotz flexiblerer

und möglicherweise auch längerer Arbeitszeiten sowie einer Lohnsteigerung von weniger als einem Prozent in Form von Pauschalen.

Auf die Frage, wie der Steuerzahlerbund angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen verlangen könne, dass auch der Staat Leute entlässt, reagiert der Vertreter des Steuerzahlerbundes mit einer hilflosen Gegenfrage:

"Die Länder haben im Jahr 2004 neue Schulden in Höhe von 25 Milliarden Euro angehäuft. In Hessen und Niedersachsen waren es jeweils 1,8 Milliarden Euro neue Schulden. Wer soll das alles noch bezahlen? Wir haben ein Strukturproblem, das dringend gelöst werden muss."

Das Problem liegt ganz offensichtlich nicht in irgendwelchen, nicht näher beschriebenen Strukturen, sondern in der Verschuldung! Während auf der einen Seite die Schuldenberge immer größer werden, steigen die Unternehmensgewinne und Vermögen. Diese ständige Umverteilung zugunsten einer Minderheit ist das Problem.

Die größte Ostschweizer Tageszeitung **Tagblatt** berichtet am 14.02.2005 über einen Vortrag von Dozent und Buchautor Roland Wirth. Überschrift des Artikels: "Warum Zins die Ungleichheit fördert". In der Vortragsreihe "Geld und Nachhaltigkeit" der Stadt St. Gallen referierte Wirth über "Geld und soziale Gerechtigkeit".

"Umverteilung - für die meisten bedeutet dies das Umschichten von den Reichen zu den Armen. Im Vortrag des Volkswirtschafters war hingegen zu erfahren, dass aufgrund unseres derzeitigen Geldsystems ständig eine Umverteilung von unten nach oben stattfindet."

Die Links zu sämtlichen Artikeln und weitere aktuelle Einträge finden Sie unter www.INWO.de/Presse.

ATTAC-Memorandum "Wege zu einer alternativen

Seit kurzem liegt ein dritter Entwurf über Wege zu einer alternativen Weltwirtschaft vor. Herausgeber des fast fünfzigseitigen Memorandums ist die Arbeitsgruppe Alternative Weltwirtschaftsordnung (AG AWWO), eine der größten Arbeitsgruppen bei ATTAC Deutschland. Das Papier, das jetzt auch vom bundesweiten „ATTAC-Ratschlag“ verabschiedet wurde und demnächst als Broschüre oder Buch erscheinen soll, ist pluralistisch angelegt. Das macht diese Arbeit so wertvoll. Der Leser kann sich aus mehreren Sichtweisen diejenige aussuchen, die ihm am plausibelsten erscheint. So werden folgende Fragestellungen bearbeitet:

Soll ATTAC für eine öko-soziale Marktwirtschaft oder für die Überwindung des Marktes eintreten? Plädiert man für eine Zukunft des Wach-

tums oder für den Abschied vom Wirtschaftswachstum?

Heißt die ATTAC-Strategie "Globalisierung gerechter gestalten" oder fordert man "Entglobalisierung" bzw. "Lokalisierung"? Wie soll sich ATTAC zur Europäischen Union stellen? Soll man den Zins als entscheidende Triebkraft sehen oder lediglich als Moment der Kapitalverwertungsinteressen (Kapitel I 3.7.1)?

Während solche kontrovers diskutierten Positionen auch optisch durch einen grauen Balken gekennzeichnet sind, überrascht es, dass in Kapitel II 1.2.1 offenbar Konsens darüber besteht, dass "Wettbewerb im Sinne der Vielfalt belebend" wirkt. Wettbewerb wird also nicht von vornherein negativ beurteilt (S. 20). Die kapitalistische Konkurrenz hingegen sei auf Verdrän-



Bernd Striegel: Über das Geld - Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens
Verlag Ulmer Manuskripte
2004, 597 Seiten, 26,50 Euro

Ein großes und in weiten Passagen großartiges Buch - aus meiner Sicht das wichtigste und gewichtigste seit der NWO! Höchst empfehlenswert, für alle, die alles übers Geld wissen wollen. Über seine Wirkungsmechanismen wie über seine Geschichte. Auf wissenschaftlichem Niveau erarbeitet und trotzdem für jeden verständlich.

Es ist kaum nachzuvollziehen, was der promovierte Chemiker in acht Jahren alles gelesen und gründlichst aufgearbeitet hat! Fast 30 Seiten Literaturangaben,

allein drei davon zum Lebenswerk Gesells. - Werner Onkens Mühen um die Sammlung in den 16 Bänden haben sich gelohnt!

Natürlich gibt es auch etliche Längen. Vor allem durch die Befassung mit der Eigentumstheorie von Heinsohn-Steiger. Sie war anscheinend für den Autor der Anstoß zur Aufarbeitung der Geldthematik. Erfreulicherweise bekommt er, trotz dieser Theorie, rechtzeitig die Kurve zu den freiwirtschaftlichen Denkansätzen und Lösungen. - Bei Details gibt es auch einige Fragezeichen, aber an dem großen Wurf dieses Buches (26,50 Euro teuer - aber doppelt so viel wert!), an seiner Logik und Überzeugungskraft, ändert das nichts. Es ist ein Lese-Genuss und Lese-Muss, bei dem ich nur empfehle, auf Seite 150 - "Die Funktionen des Geldes" - mit dem Lesen zu beginnen.

Helmut Creutz

Klappentext dieses Buches:
"Geld regiert die Welt" - diese allgemein verbreitete Formel suggeriert ein Wissen über den

Gegenstand der Aussage, das wohl bei kaum einem der vielen Menschen wirklich vorhanden ist, die sie immer wieder gebrauchen. Bernd Striegel ist in seiner geschichtlich wie theoretisch weit ausgreifenden Arbeit "Über das Geld" der Entstehung, den Eigenschaften und den Funktionen dieser "chemischen Kraft der Gesellschaft" (Karl Marx) nachgegangen. Es ist daher vielleicht nicht zufällig ein Chemiker, welcher der umfassend verbindenden und zugleich trennenden, der schöpferischen und zugleich zerstörerischen Macht des Geldes auf die Spur zu kommen versucht. Scharfe Kritik am herrschenden Umgang mit dem Geld wird hier kontrastiert mit Vorschlägen für eine neue Wirtschaftsordnung, die sich nicht mehr als Krisenzusammenhang darstellen müsste. Eine der Stärken des Buches besteht sicher darin, dass es gleichermaßen Zustimmung und Kritik herausfordert. Beides kann nur dazu beitragen, der Diskussion über eines der wichtigsten Themen unserer Zeit Anstöße und Anregungen zu geben.

Über den Autor

Bernd Striegel, Jahrgang 1969, Dr. rer.nat., Polymerchemiker, lebt in Mainz. Seit 1997 intensive Beschäftigung mit Wirtschaftsfragen und Geldtheorie. Zahlreiche Vorträge zu Themen aus der hier vorliegenden Gesamtdarstellung.

Bestellen Sie beim INWO-Versand: Damit unterstützen Sie die Arbeit der INWO!

Versandkostenfrei schon ab einem Bestellwert von 50 Euro! Nur 1 Euro Versandkostenanteil bei einem Bestellwert bis 5 Euro. Nur 1,50 Euro Versandkostenanteil bei einem Bestellwert zwischen 5 und 50 Euro.

INWO-Versand
Sambach 180
96178 Pommersfelden
Telefon: 09502-921366
Fax: 012 12 - 5 12 59 71 40
E-Mail: Versand@INWO.de
<http://www.INWO.de/Shop>

15

Weltwirtschaft (AWWO) – Positionen innerhalb von ATTAC Deutschland"



gung angelegt und wirke zerstörerisch. In Kapitel III (Wege zu einer alternativen Wirtschaftsordnung) wird die Etablierung lokaler Geldkreisläufe am Beispiel des „Chiemgauers“ der Freien Waldorfschule Prien als Selbsthilfemöglichkeit erwähnt. Langfristig, so heißt es



weiter, trete ATTAC Deutschland für eine gerechte Weltfinanzordnung ein, in der eine noch zu schaffende „Clearing-Bank“ für jedes Teilnehmerland ein Verrechnungskonto führen sollte. Dabei wird ein Negativzins auf über einer bestimmten Höhe liegende Guthaben vorge-

schlagen. Dieser Negativzins soll einen Ausgleich von Guthaben und Schulden bewirken und damit Schuldenskalaion verhindern. Dieser Vorschlag erinnert stark an den Keynesplan von 1944 bzw. noch ältere Vorstellungen Silvio Gesells ("Rostende Banknoten" und „Internationale Valuta-Assoziation – IVA“) oder auch Rudolf Steiners („Alterndes Geld“).

Ein umfangreicher Fußnotenapparat mit vielen interessanten Literaturhinweisen rundet dieses allgemeinverständliche, gut lesbare Diskussionspapier ab.

Internet: www.attac.de/awwo

Frank Bohner

Von der grünen Bewegung zur grünen Partei - und wieder zurück?

Kritische Betrachtungen zum 25-jährigen Bestehen der Grünen in Deutschland: Man erinnere sich, vor 25 Jahren, am 21./22. März 1980, fand der erste Programmkongress der Grünen in Saarbrücken statt. Bereits im Januar desselben Jahres war in Karlsruhe die grüne Bundespartei - noch ohne gemeinsames Programm - gegründet worden.



Frank Bohner, Studienrat, von 1996 bis 2001 Mitarbeiter des INWO-Rundbriefs

16

Schon im Jahr davor, am 10. Juni 1979, war man als „Sonstige politische Vereinigung Die Grünen“ zur Europawahl angetreten und hatte bundesweit 3,1 Prozent der abgegebenen Stimmen bekommen, in Niedersachsen waren es sogar 3,6 Prozent. Dort war am 12. Dezember 1977 die Grüne Liste Umweltschutz Niedersachsen (GLU) unter Federführung des Freiwirtschaftlers Georg Otto gegründet worden.^{1, 2}

An der Gründung der grünen Bundespartei beteiligt waren nicht nur die Grüne Liste Umweltschutz, sondern unter anderem auch die Grüne Aktion Zukunft (GAZ) sowie die Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher (AUD). Eine Rolle spielte in den grünen Anfangsjahren auch die anthroposophisch inspirierte Arbeitsgemeinschaft Dritter Weg/Freie Internationale Universität (A3W/FIU), die laut ihrem Programm von 1979 "Alternativen zur bisherigen Politik" bieten wollte. Damit hoffte sie, „auch Mitglieder und Mitarbeiter der verschiedenen Strömungen und Organisationen der Neuen Sozialen Bewegung, der Lebens-, Natur- und Umweltschutzverbände, der Bürgerinitiativen, der Friedens- und Menschenrechtsbewegung, der Frauenbewegung und anderer Teile der gesamten alternativen Bewegung zu gemeinsamem politischen Handeln“ verbinden zu können.

Bereits in den ersten Jahren verließen viele der bürgerlich-konservativen Gründungsmitglieder die Partei wieder, aus Frust über die zunehmende Dominanz linker Kaderleute, die aus diversen Gruppen zu den Grünen übergewechselt waren. Die folgenden Jahre standen dann im Zeichen des Kampfes zwischen „Realos“ genannten Kräften und so genannten „Fundis“ oder „Fundamentalisten“. Während Letztere in der Regel marxistisch ausgerichtet waren und sich eher selten durch fundamentale, d.h. gründliche, sondern mehr durch dogmatische Analysen auszeichneten, machten auch die „Realos“ ihrem Namen nicht unbedingt Ehre. Stattdessen glaubte man im „Realolager“, Widersprüche des kapitalistischen Systems ignorieren zu können, was zu

einer ganzen Reihe von Sündenfällen führte, in deren Folge Problemlösungen verunmöglicht wurden. So mussten oft rein kosmetische Korrekturen, also Symptombehandlungen, vorgenommen werden. Das Ignorieren „besinnungsgesättigter Realität“ (??? Muss man das verstehen?!) auf der Jagd nach Posten und Pöstchen zog eine Reihe von Verfehlungen nach sich, und das bis heute.

Die Grünen und ihre politischen Sünden

Was ist bloß aus den Grünen geworden? Eine Partei, an deren Gründung nicht wenige Friedensbewegte beteiligt waren, bereitet als Regierungspartei den Boden für Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland. Die Kehrtwendung wird von den Parteioberen als "Lernprozess" verkauft, oder auch als Wahrnehmung deutscher "Verantwortung".

Für Grüne früher ebenfalls undenkbar: Wirtschaftswachstum soll die Erwerbslosigkeit verringern. Damit beweisen die Grünen Anschlussfähigkeit an Gedankengut ihrer früheren Gegner, die sie in ihrer Anfangszeit auch als "Altparteien" bezeichnet hatten. Dass permanentes Wachstum aber kein geeignetes Rezept gegen die Erwerbslosigkeit darstellt und in einer endlichen Welt sowieso ausgeschlossen ist, darauf hat man in der Anfangszeit mit Nachdruck hingewiesen.

(Zu frühe?) Regierungsbeteiligung

Da die grüne Bewegung aufgrund des Versagens des politischen Systems in vielen Politikfeldern und nicht nur durch die fortlaufende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen entstanden war und die örtlichen und regionalen Protestformen wenig Erfolg gebracht hatten, war die Parteigründung eine logische Folge und zivile Alternative zur großen Randalie. Da die Parlamente als wesentliche Ursache der Fehlentwicklungen – sozusagen als Rechtfertigungszentralen staatlicher Zerstörungs- und Unterdrückungswut – empfunden wurden, war es richtig, Einfluss auf die Gesetzgebung anzustreben. Noch wichtiger war es, einen besseren Zugang zu Informationen zu erhalten und die Bürger selbst informieren zu können. Das Streben in die Parlamente sollte einen gesellschaftlichen Dialog ermöglichen.

Früh wurde erkannt, dass der (Auf-) Klärungsprozess unterbrochen werden könnte, wenn die Grünen sich an einer Regierung beteiligen würden. Schon die Parteibildung hatte den Dialog unter den Grünen eingeeengt und teilweise zu Propaganda mit ängstlich-aggressiven Abwehrreaktionen verkommen lassen. Die Voraussage,



dass eine Regierungsbeteiligung, die manche als Annäherung an die Realitäten feierten, den ganzen Klärungsprozess stoppen könnte, hat sich erfüllt. Die Grünen haben nicht geholfen, das Parteienkartell aufzulösen, sondern sind ihm durch ihre Machtteilhabe auf den Leim gegangen und selbst Teil des Kartells geworden.

Unterlassungen im Wiedervereinigungsprozess

Als 1989 die DDR am Ende war, wollten viele BRD-Grüne, die ihre Ausgangsbasis im Marxismus hatten, dieses nicht wahrhaben. Die Folge war eine Lähmung der Grünen in Sachen Wandel der DDR und Vereinigung von DDR und BRD. Die Folgen waren fatal und sind es noch. Die Mitbeteiligung der Grünen an der Verhinderung einer ausführlichen Verfassungsdiskussion, einer Verfassungsfindung und Verabschiedung einer solchen direkt durch das Volk hat eine tiefere Verankerung des Demokratiedenkens in den Herzen der Menschen verhindert. Die Frage nach einer nationalen und internationalen Ökonomie, die die Belange der Ökologie, der Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit berücksichtigt, wurde nur oberflächlich behandelt. Die staatlich organisierte Verschleuderung von Volksvermögen der Arbeitnehmer der ehemaligen DDR und die Beschlagnahme von Teilen der Arbeitseinkommen der Arbeitnehmerschaft der alten BRD wurde von den Grünen mitgetragen.

Europa und der Euro

Von einer Außen- und Europapolitik, die grüne Maßstäbe setzt, ist nichts zu erkennen. Jedenfalls war jener Teil der Grünen, der auch in der Friedensbewegung wurzelt, immer für die Auflösung derjenigen Militärblöcke, die nicht als Verteidigungsinstrumente von Frieden und Wohlstand empfunden wurden, sondern als solche von Ideologien und Sonderinteressen der Nutznießer der jeweiligen Systeme. Anstatt sich nach der Auflösung des Ostblocks auch klar für die Auflösung der NATO und die militärische Neuordnung der nördlichen Erdhalbkugel einzusetzen, haben die Grünen sich zum Beweis ihrer „Regierungsfähigkeit“ eine ungute Zurückhaltung in dieser Frage auferlegt.

Die Idee eines freien und vereinten Europas wächst sich immer mehr zu einem Albtraum einer Superbürokratie aus. Was im Osten Europas (für kurze Zeit?) an Kommandowirtschaft abgebaut wurde, wird im Westen wieder aufgebaut. Brüssel vermehrt die nationalen Begehrlichkeiten nach Subventionen, deren Wirken letztendlich eine marktwirtschaftliche Ordnung unmöglich macht. Weder über den Euro noch über die europäische Verfassung durfte/darf der Bürger in Deutschland abstimmen - sieht so echte Demokratie aus?



Die Grünen feiern sich

Ökosteuer als „Arbeitgebersparzulage“

Dass die so genannte Ökosteuer die Umweltprobleme nicht würde lösen können, war von Anfang an klar. Flächenverbrauch und Artensterben schreiten weiter fort. Im Urlaubsland Baden-Württemberg beispielsweise ist Zeitungsberichten zufolge jede dritte Tier- und Pflanzenart vom Aussterben bedroht. Gegen die Ursachen des lebenszerstörenden Wachstumszwangs kann kein Ökosteuerkonzept, auch wenn es seinen Namen verdiente, etwas ausrichten. Nicht einmal das Aufkommen der Ökosteuer wird für die Ökologie verwendet, sondern zur Senkung der Lohnnebenkosten. Spötter sprechen hier von der „Arbeitgebersparzulage“. Nach wie vor aber zu beobachten ist - nicht nur bei den Grünen - der inflationäre Gebrauch des Adjektivs „nachhaltig“. Angesichts der weiter drastisch steigenden Staatsverschuldung kann von „nachhaltiger Finanzpolitik“ keine Rede sein.

Unverständener Nachhaltigkeitsbegriff

Alle Definitionen von „Nachhaltigkeit“ fordern gemeinsam, nicht auf Kosten unserer Nachfahren, zu leben. Dem entgegen steht allerdings die Tatsache, dass unser Wirtschaftssystem die Gegenwart höher bewertet als die Zukunft. Dies liegt beispielsweise daran, dass 100 Euro, die man heute einnimmt, mehr wert sind als 100 Euro, die man erst in einem oder zwei Jahren bekommt. Schließlich kann man das Geld in der Zwischenzeit verzinslich anlegen. So gesehen ist es nur logisch, dass Rohstoffvorkommen möglichst schon heute ausgebeutet werden, weil man die Gewinne gegen Zins und Zinseszins anlegen kann. Aus dem gleichen Grund werden „Umweltreparaturen“ in die Zukunft verlagert; schließlich kann man die eingesparten Gelder ebenfalls auf die Bank tragen. Das Prinzip von Zins und Zinseszins steht also der Nachhaltigkeit diametral entgegen; echte Nachhaltigkeit kann es nur geben bei einem Zins von null,



denn nur dann müssen wir die Bedürfnisse unserer Kinder und Kindeskindern nicht geringer bewerten als unsere eigenen.

Steigende Arbeitslosigkeit

Die Gründer der oben erwähnten GLU in Niedersachsen um Georg Otto hatten klare Vorstellungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit: Nach ihren Vorstellungen wird Vollbeschäftigung nur möglich, wenn die Märkte quasi leergekauft werden. Um dies zu erreichen, schlugen Otto und seine Anhänger eine Erhöhung der Nachfragewirksamkeit des Geldes durch Einführung einer geringen Gebühr auf liquides Geld im Sinne Silvio Gesells vor. Diese Gebühr hätte ihren Verfechtern zufolge eine Absenkung des (Guthaben-)Zinses gegen null zur Folge und wäre sicherlich nicht im Sinne eines wohl nicht unerheblichen Teils der Inhaber von Großvermögen, die an ihren leistungslosen Zinseinkünften hängen. Eine öffentliche Diskussion der Gesell'schen Vorschläge

haben die Grünen nie forciert. Auch innerparteilich wurde immer wieder versucht, sie mit allen Mitteln zu unterdrücken. Immerhin schrieb ein Ex-Grüner, der von dem Satiriker Wiglaf Droste als "Abschiebeanthroposoph" titulierte derzeitige Bundesinnenminister Otto Schily,

über die Thesen von Rudolf Steiner und Silvio Gesell in seinem 1994 erschienenen Buch "Flora, Fauna und Finanzen". Ein immer noch lesenswertes Buch, auch wenn man Schilys Ansichten über die von ihm behandelten geldreformerischen Konzepte nicht teilen mag.

Gesundheitswesen: teilweise Abwicklung der Naturheilkunde

Weil die scheinbar unauffhaltsam steigende Arbeitslosigkeit immer größer werdende Löcher in Sozialsysteme und Staatshaushalt reißt, droht der langsame Niedergang des Gesundheitswesens. Obwohl sich die Defizite im Gesundheitsbereich im Bereich einiger (weniger) Milliarden bewegen, was gewiss kein Pappenstiel ist, wirken die Fehlbeträge in den Kassenetats verglichen mit den hohen Zinsbelastungen des Bundes (ohne Länder und Gemeinden) von derzeit ca. 40 Mrd. Euro im Jahr doch eher wie „Peanuts“. Dennoch tragen die Grünen im Rahmen ihrer „Regierungsverantwortung“ die teilweise Abwicklung der Naturheilkunde mit.

Atomkraft, Gentechnik, Landwirtschaft

Die Vorläuferorganisationen der Grünen rekrutierten sich aus dem Umfeld derjenigen Lebensschützer, die die

Atomkraft ablehnten. Umstritten ist, ob der von den Grünen angekündigte Ausstieg aus der Atomkraft ein echter Ausstieg ist oder ob es sich nur um einen Bestandschutz für Atomkraftwerke handelt. Eindeutig ist aber, dass eine während ihrer Regierungszeit vorgenommene Grenzwerthöhung eine Verwandlung von schwach strahlendem Reaktorschrott in Gebrauchsgegenstände wahrscheinlicher macht (??? Noch interessanter wäre die Tatsache, dass der grüne Bundesumweltminister gerade dem Ausbau der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau zugestimmt hat, die bald 36 (statt bisher 15) größere Atomkraftwerke mit spaltbarem Material versorgen wird.) Zudem darf jetzt eine ganze Reihe von Agrargiften in deutlich höherer Konzentration in Nahrungsmitteln enthalten sein: Dies ist kein Beitrag zur Lebensmittelsicherheit, trotz einer zweifellos engagierten grünen Landwirtschaftsministerin. Auch in Sachen Gentechnik ist die Bilanz ernüchternd: Die Verbreitung gentechnikverseuchter Nahrungs- und Futtermittel konnte nicht verhindert werden. Manche Kritiker halten die Gentechnik für noch gefährlicher als die Atomkraft.

Fazit

Keinesfalls soll hier der Eindruck erweckt werden, als seien die Grünen weniger fähig als andere im Bundestag vertretene aktuelle oder ehemalige Regierungsparteien. Doch sind sie deshalb weniger unfähig?

Man kann sich durchaus fragen: Haben sich die Grünen der Problemlösungskompetenz der Altparteien angepasst? Offensichtlich ja: Ohne das vielfach große Engagement unzähliger grüner Politiker in vielen Sachfragen verkennen zu wollen, so hat sich doch die grüne Partei als Ganzes durch Anpassung an die anderen Parteien tendenziell selbst überflüssig gemacht, ohne auch nur eines der Grundprobleme unserer Gesellschaft ansatzweise gelöst zu haben.

Es sind mittlerweile viele Menschen zur Auffassung gekommen, die Grünen seien genau die geworden, die sie früher bekämpft hätten. **So gesehen führt wohl kein Weg am Aufbau einer vielfältigen außerparlamentarischen Bewegung vorbei, die sich auf nationaler wie internationaler Ebene für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung und die Schaffung tragfähiger ökonomischer Strukturen einsetzt.**

Anmerkungen:

- ¹ Anna Hallensleben: Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? Dissertation, Göttingen, 1984.
- ² Tristan Abromeit: 25 Jahre Die Grünen. Die Verlierer in den Grünen und ihre zukunftsreichen Inhalte. Selbstverlag, 2005. Siehe auch [HYPERLINK http://www.Tristan-Abromeit.de](http://www.Tristan-Abromeit.de)

„Berliner“ ergänzt Euro

Bundestagspräsident zahlt mit Regiogeld



Auch in der Bundeshauptstadt gibt es seit Anfang Februar ein Regiogeld. Schon im Vorfeld machte der „BERLINER Wertgutschein“ jede Menge Schlagzeilen. Neben den großen Berliner Tageszeitungen berichteten auch die Süddeutsche, die Tagesschau und sogar die Scotland on Sunday über den Schein aus der Bundesdruckerei.

Die globalisierte Wirtschaft zerstört zunehmend die regionale Wirtschaft. Kleine und mittlere Unternehmen können sich gegen Billigprodukte von kapitalstarken Handels- und Dienstleistungsketten immer weniger behaupten. Oft werden regional erhältliche Güter quer durch Europa und die Welt transportiert, weil die Produktion für die Kapitalgeber in anderen Erdteilen billiger ist. Dadurch fließt Kapital aus den Regionen ab.

Tausend Euro, in einer beliebigen deutschen Stadt verschenkt, wären mit großer Wahrscheinlichkeit innerhalb kürzester Zeit gegen Markenklamotten, Turnschuhe und Softdrinks eingetauscht und würden dann von transnationalen Konzernen auf die Suche nach rentablen Anlage- und Investitionsmöglichkeiten um den Globus geschickt. Lokale Regierungen sehen nur noch die Möglichkeit, Schutzvorschriften für Mensch und Natur zu senken, um das Kapital zurückzulocken.

Mit Regiogeld dagegen werden die regionalen Wirtschaftsbeziehungen unterstützt, wieder belebt und intensiviert. Es soll das gesetzliche Zahlungsmittel nicht ersetzen, sondern ergänzen. Regiogeld ist ein parallel zum gesetzlichen Zahlungsmittel akzeptiertes Tauschmittel für den Austausch von Waren und Dienstleistungen innerhalb einer regional begrenzten Gemeinschaft.

Konsumenten können damit nur bei Händlern und Produzenten vor Ort einkaufen anstatt im Großmarkt auf der grünen Wiese. Die Geschäftstreibenden können ebenfalls nur auf lokaler Ebene einkaufen. Auf diese Weise bleibt das Geld in der Region.

Damit der „Berliner“ eingesetzt und nicht dem Wirtschaftskreislauf entzogen wird, sind die Gutscheine sechs Monate gültig. Danach können sie für 2 Cent Gebühr pro Berliner in gültige Gutscheine umgetauscht werden. Je länger mit dem Umtausch gewartet wird, desto höher ist die Gebühr.

„BERLINER Wertgutscheine“ gibt es jeden Donnerstag von 12 bis 18 Uhr auf dem Ökomarkt am Kollwitzplatz oder zu den Bürozeiten, Dienstag & Mittwoch, jeweils von 14 bis 17.30 Uhr in den Räumen der Grünen Liga, Prenzlauer Allee 230 (Tram M2, Knaackstr.).

Weitere Informationen gibt es dort und auch im Internet unter www.berliner-regional.de.

Die Erstausgabe auf dem Ökomarkt am Kollwitzplatz sorgte ebenfalls für Aufsehen. Denn kein geringerer als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse kaufte als einer der ersten mit dem „Berliner“ ein. Über 2500 „Wertgutscheine“ wurden beim Auftakt in Umlauf gebracht. Eine Woche später vermeldeten die Initiatoren schon 3000 „Berliner“, die für regen lokalen Handel sorgen.

Zunächst sollen im Stadtteil Prenzlauer Berg die lokalen Wirtschaftskreisläufe in Gang gebracht werden. Sechs Monate sind für die Pilot- und Lernphase eingeplant. Wenn rund um den Kollwitzplatz alles glatt läuft, sollen lokale Initiativen auch in anderen Kiezen den „Berliner“ einführen.

Dafür werden zum einen viele Kunden gebraucht, die ihre Euros gegen die Wertgutscheine eintauschen, zum anderen jede Menge Gewerbetreibende, die den „Berliner“ annehmen. Auch da können die Initiatoren erfreuliche Zahlen vermelden. Um die 40 Händler und Unternehmen machten bereits nach einer Woche mit. Jede Menge weitere Anfragen lagen den Machern vor und der Ruf eilte dem „Berliner“ schon nach einigen Tagen voraus, wie die Presse berichtete.

„Auch ein Falafelhändler hat schon Berliner angenommen, nachdem ihm der Kunde erzählt hat, dass selbst Bundestagspräsident Wolfgang Thierse damit bezahlt“, so Mitinitiator Jonas von Poser in der Tageszeitung „Die Welt“.

Nun sind die Berliner, vor allem am Prenzlauer Berg, gefragt. Sie sind aufgefordert, mit Ihren Nachbarn und dem Betreiber des Lieblingsladens über den „Berliner“ zu reden und sie dafür zu begeistern. Nur dann kann das Regiogeld in der Hauptstadt zur tagtäglichen Realität werden, seine positive Wirkung für den Kiez und später auch die Region entfalten und darauf aufmerksam machen, dass der Euro nicht für alle funktioniert.



Fotos: Berliner Regional / Roland Mainz



Bundestagspräsident Thierse akzeptiert das Regiogeld und kauft mit „Berlinern“ ein. Dieser Bäcker nimmt „Berliner“ an.

Erfreuliches exponentielles Wachstum

von Jens Hakenes, 2. Vorsitzender INWO-D

Schwarz-Weiß-Denken bringt einen nicht weiter. Man muss schon unterscheiden können. So auch beim exponentiellen Wachstum. Es ist nicht immer schlecht. Was uns bei Vermögen und Schulden immer größere Sorgen bereitet, ist uns an anderer Stelle sehr willkommen. Bei unseren Mitgliederzahlen zum Beispiel.

Nach einem kleinen Tief während des Jahrtausendwechsels befindet sich das Wachstum – im Gegensatz zu unserem Wirtschaftssystem ganz ohne Zwang - auf einem neuen Rekordhoch. Im vergangenen Jahr konnten wir unsere Mitgliederzahlen um sage und schreibe 40 Prozent steigern. Das gab es noch nie bei der INWO Deutschland!

Aber wir haben im vergangenen Jahr nicht nur viele neue Mitglieder gewonnen, sondern auch viele neue Aktive, die sich bei uns einbringen. So können wir immer öfter vor

Ort vertreten sein und auf die Geld- und Bodenreformidee aufmerksam machen. Die Landstriche ohne Ansprechpartner oder Regionalgruppe der INWO werden erfreulicherweise immer schmalere.

Ohne die große Unterstützung unserer Mitglieder und Interessenten wäre das nicht möglich gewesen. Vielen Dank dafür im Namen des gesamten Vorstands! Unterstützen Sie uns, damit wir auch in diesem Jahr unseren Aufwärtstrend fortsetzen können. Denn Sie wissen ja: Exponentielles Wachstum verläuft erst relativ unauffällig, aber dann geht es ganz schnell Richtung unendlich!

Sorgen Sie für noch mehr Aktive und INWO-Mitglieder, indem Sie uns beispielsweise Adressen von Interessenten zuschicken.

Per Email an Versand@INWO.de,
per Fax an 01212-512597140 oder per Post an:
INWO Versand, Sambach 180, 96178 Pommersfelden.

Dann können wir die erfolgreichen Infopakete versenden. Im vergangenen Jahr haben wir davon erstmals mehr als 1000 geschickt – auch ein Grund für unsere vielen Neumitglieder.

In Arbeit: neue Materialien der INWO



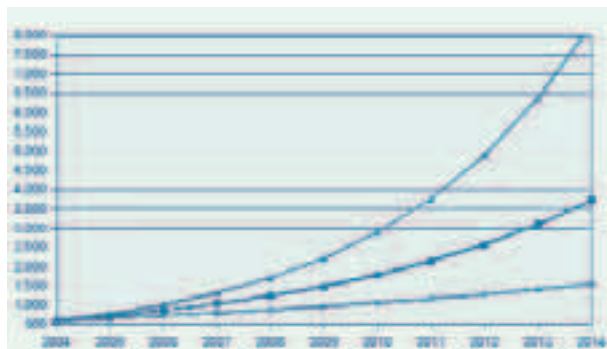
Nach dem Infoblatt („Knöllchen für die Spekulanten“ von Klaus Popp) haben wir nun eine weitere Reihe aufgelegt. Der Standpunkt 1 trägt den Titel „Wachstum, Wachstum ... über alles!“. Auf vier DIN A4-Seiten beschreibt Helmut Creutz mit anschaulichen Grafiken und Tabellen, warum unsere Wirtschaft immer wachsen muss und warum trotz Wachstum immer weniger zum Verteilen da zu sein scheint. Ideal für Interessenten, die etwas ausführlicher zu unserem Thema lesen wollen, aber denen ein Buch (noch) zuviel ist.

10 Stück der schwarz-weißen Laserdrucke können für 4 Euro inklusive Porto bestellt werden. Zum Weitergeben bestens geeignet! Einzelpreis 50 Cent.

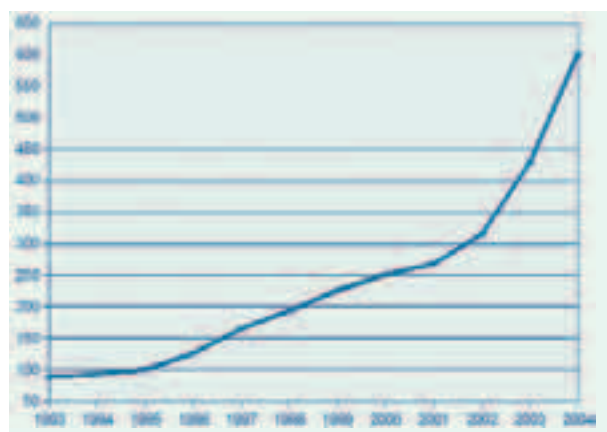
INWO Versand
Sambach 180
96178 Pommersfelden.
Email: Versand@INWO.de
Fax: 01212-512597140

Was lange währt, wird endlich gut. Das trifft sicherlich auch auf die Mini-CD-Rom der INWO zu. Seit einiger Zeit wird daran immer mal wieder gearbeitet, nun soll das Projekt allmählich abgeschlossen werden. Auf der CD-Rom im Westentaschenformat führt ein Erzähler mithilfe einer Bildergeschichte in die Geldproblematik ein. Auf der kleinen Scheibe für PC werden auch Grafiken von Helmut Creutz sowie Informationen über die INWO zu finden sein.

Außerdem werden derzeit zwei Klassiker überarbeitet und neu aufgelegt. Jürgen Probst aktualisiert die Einsteiger-Broschüre „Fehlentwicklungen einer Zinswirtschaft“, die demnächst von der INWO herausgegeben wird. INWO-Geschäftsführer Klaus Popp arbeitet an einer Neuauflage seines leicht verständlichen Buchs „Zinswahnsinn“, die im Sommer erscheinen soll.



INWO-Mitgliederprognose mit 10, 20 und 30 Prozent Zuwachs pro Jahr



INWO-Mitgliederentwicklung von 1993 bis 2004

Ein voller Erfolg: Spendenaktion der INWO



INWO-Aktiventreffen im November 2004 in Wuppertal – dort wurde u. a. der erfolgreiche Spendenbrief konzipiert. Von links nach rechts: Martin Welch, Thomas Rathgeber, Jens Hakenes, Tanja Rathgeber, Markus Fiedler, Gudrun Müller, Erich Lange, Alwine Schreiber-Martens, Klaus Popp, Theo Wonneberger, Kornelia Halach, Heinz-Günter Braasch, Peter Klement, Leo Wonneberger

21

Für die INWO wird 2004 als ein Jahr mit traumhaften Wachstumsraten in die Vereinsgeschichte eingehen. Schon allein der Mitgliederzuwachs um 40 Prozent auf über 600 und die vielen neuen Aktiven sorgten für Begeisterung. Wer aber hätte gedacht, dass diese Wachstumsrate bei den Spenden noch übertroffen wird?

Nachdem wir im Dezember einen Brief an alle Mitglieder und Interessenten verschickt hatten, gingen bis Ende Januar rund 100 Spenden auf dem INWO-Konto ein, insgesamt über 4500 Euro. Im Vorjahr waren es dagegen nur 900 Euro. Damit hat sich der Betrag verfünffacht.

Für jede einzelne Spende möchte sich der Vorstand im Namen des Vereins sehr herzlich bedanken! Nur mit ihrer Unterstützung ist es der INWO möglich, auch in Zukunft erfolgreich zu sein.

Dank der vielen Spenden können wir die INWO-Bierdeckel kostenlos an unsere Regionalgruppen und Ansprechpartner abgeben. 21.000 haben wir bereits verschickt. Alle sonstigen Mitglieder und Interessierten müssen bei Bestellung bis zum 30.06.2005 nur die Portokosten tragen, wenn sie sich Bierdeckel zuschicken lassen. Rund 15.000 sind noch zu haben.

Der Rest der Spenden wird wie angekündigt in ein Medium investiert, mit dem unsere Ideen kompakt und ansprechend vorgestellt werden. Derzeit arbeiten wir gemeinsam mit der INWO Schweiz an diesem Projekt. Sie dürfen gespannt darauf sein!

Tanja Rathgeber & Jens Hakenes

Bescheinigungen

Bescheinigungen für Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge) ab insgesamt 100 Euro in 2004 hat INWO-Kassierer Hannes Eichinger Ende Januar verschickt. Bescheinigungen für Zuwendungen, die in diesem Jahr eingegangen sind, gibt es dann im kommenden Jahr. Für kleinere Beträge können Bescheinigungen bestellt werden. Dafür reicht dem Finanzamt jedoch der Kontoauszug als Nachweis.

Email: Hannes.Eichinger@INWO.de

Fax: 094 45 - 99 12 05

Post: Kelheimer Straße 50, 93333 Neustadt-Hienheim

Wie die natürliche Umwelt doch noch gerettet werden kann

Die Zeit zur Lösung der Umweltprobleme drängt. Einige Mitglieder der INWO Schweiz haben das gerechtere Wirtschaften bezüglich der Natur skizziert. Die systemimmanenten Auswirkungen des Geld- und Bodenrechts auf unsere Art des Wirtschaftens und der Mitwelt wurden hier als bekannt vorausgesetzt. Hauptresultat der Arbeit ist, dass die Preise von Energie und Ressourcen viel zu tief sind.

Erhöhungen dieser Kosten würden Anreize zu umweltgerechtem Verhalten schaffen. Der Einwand, dass Vermögende und Arme ungleich von diesen Preissteigerungen betroffen werden, konnte entkräftet werden. Wir suchen Partner, die diese Ideen weiterentwickeln, um die für eine Initiative nötige finanzielle und personelle Stärke aufzubauen.

Das Quellenverzeichnis, der komplette Bericht und Lösungsschemas für Kaufkraft (= Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme), können per Email an info@INWO.ch im Sekretariat der INWO Schweiz angefordert werden.



Sie wissen nicht was Sie tun

1. Die Tatsachen

Früher wussten wir nicht, was wir taten.
Jetzt tun wir nicht, was wir wissen. (Ernst Reinhardt)

Fisher behandelt egoistisches und altruistisches Verhalten:
Was jedermanns Aufgabe wäre, scheint heute niemandes Aufgabe zu sein (Fisher 1925)

Heute wird fast einhellig eine nachhaltige Entwicklung gefordert. Doch was ist darunter zu verstehen? Wir verstehen unter einer nachhaltigen Entwicklung eine solche, die zeitlich unbeschränkt dauern kann. Für die Ressourcen heisst das, dass nur so viele verbraucht werden dürfen, wie die Natur regeneriert; dass nur soviel Holz verbraucht wird, wie nachwächst; soviel Erdöl, wie die Natur produziert. Holz = Nachwuchs (Regenerationsfähigkeit), fossile Energieträger = Substituierungspotentiale, Grundstoffe, die nicht durch menschliche Arbeit hergestellt werden

können, z.B. Erze = Recycling, wobei längerfristig grundsätzlich der Nullverbrauch angestrebt werden soll! Grundprimat sind die Lebensmöglichkeiten der zukünftigen Generationen zu sichern und dies in der Verantwortung der zurzeit Lebenden!

Tabellarische Darstellung der 4 Stufen der Problemlösung nach Fisher (Stabilizing the dollar, 1920)

Stufen bei einer Problemlösung

Anatomie Tatsachen Worum geht es?	Physiologie Ursachen Warum ist es so?	Pathologie Folgen (Ubel) Welche Ubel resultieren daraus?	Therapie Lösungen Was können wir dagegen tun?
Unser Planet wird überbewirtschaftet, übernutzt.	Die Menschen streben grundsätzlich nach mehr Einkommen, Konsum und Reichtum. Die Ressourcen, die Rohstoffe wie z. B. Benzin sowie der Boden sind nur in endlicher Menge vorhanden.	Die Erde erwärmt sich global. Das Wasser wird schmutzig. Die Luft wird zunehmend verschmutzt. Das Feuer der Sonne wird durch die Ozonschicht zum Problem.	Die Überbewirtschaftung muss gestoppt werden. Dies kann erreicht werden, indem Anreize zum nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen geschaffen werden. Finanzielle Anreize sind relativ einfach einzuführen und wirksam. Die Initiative schafft solche Anreize.

2. Die Ursachen

Zurück zu Fishers Altruismus und Egoismus. Der Egoismus ist heute vielleicht noch grösser als zu Fishers Zeiten. Daher ist es rational, in der Umweltpolitik nicht zu sehr oder nur auf altruistisches Verhalten zu setzen, sondern Bedingungen zu schaffen, die die egoistischen Interessen der Individuen mit den kollektiven Interessen in Einklang bringen. Das versuchen wir



Sie tun nicht was Sie wissen

mit den hier postulierten finanziellen Anreizen zu erreichen. Die Menschen streben grundsätzlich nach mehr Einkommen, Konsum und Reichtum. Das war vielleicht immer so. Heute, mit der erreichten Produktivität, hat das jedoch fatale Folgen. Die Ressourcen, d. h. Rohstoffe wie z. B. Benzin sowie der Boden, Luft, Wasser sind nur in endlicher Menge vorhanden. Die Preise der Ressourcen sind zu tief. Man denke nur an den Treibstoff für Flugzeuge, was den ungezügelteren Tourismus begünstigt.

Im Rundbrief vom 26.10.04 des Solarenergie-Fördervereins Deutschland (www.sfv.de/lokal/emails/wvf/geringee.htm) in einem Artikel von Herrn Wolf von Fabeck stand zu lesen:

Einen Mittelklassewagen fährt man mit 7 Liter Dieselkraftstoff 100 km weit. Die Staatsquote dafür beträgt etwa 5 Euro (Mineralölsteuer plus Mehrwertsteuer). WÜRDEN man den Kleinwagen durch Arbeitskräfte von Hand die gleichen 100 km schieben lassen, so würde man damit fünf Personen 5 Tage lang beschäftigen; das sind 25 Personen-Tage. Die gleiche Arbeit ohne Mithilfe von Energie würde also - betriebswirtschaftlich gesehen - einen ganzen Monatslohn verschlingen. Die Staatsquote (Lohnsteuer plus Sozialabgabe) dafür beträgt etwa 500 Euro. Lohnsteuer und Sozialabgaben für die gleiche Verfrachtung (100 km Auto bewegen) sind also HUNDERTMAL höher als die Mineralölsteuer!!!

Es soll nun kein Zwang zu körperlicher Schwerarbeit geschaffen werden!

Notwendige Folgerungen? Niemand - auch wir nicht - will das Problem der Arbeitslosigkeit dadurch lösen, dass er die Unternehmen durch hohe Spritpreise zwingt, zukünftig ihre Lieferwagen durch Hilfsarbeiter von Hand schieben zu lassen. Aber in dieser Hinsicht droht nun wirklich keine Gefahr! Selbst wenn die Dieselsteuer VERZEHNTFACHT würde, von derzeit 47,04 Cent auf 470,4 Cent pro Liter, würden die sieben Liter für die 100 km-Strecke immer noch erheblich billiger sein als der Arbeitslohn für die fünf Auto-Schieber. Der Arbeitslohn wäre dann immer noch zehnmal so hoch wie die Spritkosten. Es besteht also keine Gefahr, dass Menschen wieder für stumpfsinnige Schwerarbeit eingesetzt würden, auch dann nicht, wenn die Energiesteuer drastisch erhöht würde. Kein Arbeiter müsste deshalb auf den Schlagbohrer, die Drehbank, den Lastenaufzug verzichten.

3. Die Folgen

Es gibt reversible und irreversible Folgen der Umweltproblematik. Abgeholzte Wälder können in wenigen Jahrhunderten aufgeforstet werden, verbrauchtes Erdöl kann sich in Millionen von Jahren erneuern. Das Artensterben ist jedoch irreversibel: Eine ausgestorbene Art kann nicht wieder belebt werden. Menschen, vor allem Kinder, leiden an umweltbedingten Allergien und anderen Krankheiten. Die Gletscher schmelzen in beunruhigendem Ausmass.

Es gibt unheilvolle Rückkoppelungen: Die existierende Umweltbelastung in den Städten bewirkt eine zusätzliche Belastung, weil die Menschen, die sich das leisten können, ins Grüne ziehen. Ressourcenmehrverbrauch für den Weg zur Arbeit führt dann zu weiter steigender Umweltbelastung!

4. Was können wir tun?

„Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen.“ (Arthur Vogt)

Die Überbewirtschaftung muss gestoppt werden. Dies kann erreicht werden, indem Anreize zum nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen geschaffen werden. Der „Faktor 4“ (Weizsäcker 2004) und die „2000 Watt-Gesellschaft“ (Imboden 2004) oder auch „Die ökologische Wirtschaft“ (Fornallaz 1986) sind Teil-Ziele auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Die Initiative „Bewahrung der natürlichen Reichtümer“ zeigt unsere Vorstellungen auf, wie diese Ziele erreicht werden könnten: durch finanzielle Anreize!

Durch Einführen einer Ökoumlage auf begrenzte Ressourcen wird der vernünftige (nachhaltige) Umgang mit diesen gefördert. Ziel ist die Anpassung der menschlichen Lebensgewohnheiten an die natürlichen, von der Mitwelt vorgegebenen Bedingungen. Systemkonformes Verhalten in Richtung Suffizienz soll sich finanziell lohnen, umweltkonformes Leben soll finanziell belohnt werden und Überbeanspruchung soll teurer werden. Ein Zukunftsrat hat periodisch die Durchschnittsbeanspruchungsziele in den verschiedenen Segmenten vorzugeben, sodass eine schrittweise Reduktion der Überbeanspruchung unseres Planeten möglich wird. Die im Produktpreis enthaltenen Umlagen werden staatsquotenneutral alljährlich an alle BürgerInnen zurückverteilt. Eine grobe Überschlagsrechnung würde bei einem Treibstoff und Heizölzuschlag von Sfr. 5/l einen Bonus von Sfr. 6000 pro Menschen ergeben, was bereits einem minimalen Grundeinkommen nahe käme - bei absolut umweltschonendem Verhalten (vierköpfige Familie = 24000 Sfr.)!

Finanzielle Anreize sind relativ einfach einzuführen und wirksam. Moralisch auf die Menschen einzuwirken, um sie zu umweltgerechtem Verhalten zu bewegen, nutzt we-



Sie versuchen das Notwendige zu tun

nig, das haben die letzten Jahrzehnte gezeigt. Die Initiative schafft finanzielle Anreize, indem sie die Ressourcen teurer macht (Grundstoffe sind Energie und andere Rohstoffe. Grundstoffe und den Boden, Wasser, Luft bezeichnen wir als natürliche Ressourcen).

Teure Grundstoffe sind der Geheimtipp für eine Sanierung der Wirtschaft, für eine Verringerung der Arbeitslosigkeit, denn teure Grundstoffe wirken der Materialvergeudung und gigantischen Transportwegen entgegen. Reparaturen lohnen sich dann wieder; man wirft Produkte wegen kleiner Fehler nicht mehr weg, sondern man produziert reparaturfreundlicher. Die Grundüberholung wertvoller Produkte wie Computer oder Automotoren im Herstellerwerk oder in einer Filiale kann ein Werbeargument für "Made in..." werden. Die Beschäftigung gut ausgebildeter Facharbeiter in Reparaturbetrieben wird wieder an der Tagesordnung sein.

darf es nicht durch seinen Monopolcharakter zu Spekulation und Tributpflichtigkeit der Bedürftigen an die Eigentümer führen, denn jeder Mensch braucht ein Zuhause. Eine Ökoumlage Boden würde einen bescheidenen Raumanspruch honorieren. Dazu wird auf alle Parzellen eine Umlage von Fr. $1/m^2$ (ergibt bei einer Bauland/Siedlungsfläche von 200000 ha) etwa 2 Mrd. SFr. vom Grundeigentümer jährlich erhoben. Ausnahme: Land, das in öffentlichem Eigentum steht und im Baurecht weitergegeben wird, da dies das Fernziel einer sozialen und ökologischen Bodenrechtsform ist. Bei Mehrfamilien-/Hochhäusern wird nur die Grundfläche auf die Eigentümer-Parzellen verteilt. Alljährlich erhält jeder in der Schweiz Ansässige eine Übersicht, in der angegeben wird, wie viel Total an Bodenumlage eingenommen wurde ($=X$). Seinen Anteil an diesen Einnahmen ($= X/\text{Anzahl in Schweiz Lebender}$) und diese Summe kann er sich ausbezahlen lassen oder beispielsweise an der Steuerrechnung abziehen. Im obigen Beispiel würden jährlich etwa 300 SFr. pro Mensch, egal ob Kind oder Rentner, anfallen!

5. Nachhaltigkeit – vom Schlagwort zur Umsetzung

Die klassische Ökonomie kann mittels der Elastizitäten der Produktionsfaktoren das Ausmass bestimmen, mit dem die Preise der Produktionsfaktoren anzupassen sind. Eines steht fest: die Arbeit wird substanziell billiger, die natürlichen Ressourcen, vor allem die Energie, werden substanziell teurer. Massnahmen sollten möglichst präventiv sein, nicht entstandene Schäden reparieren, sondern Lärm vermeiden, nicht nachträglich eine Lärmschutzwand bauen. Selbstverständlich kann die Initiative nicht die Altlasten von früheren Generationen plötzlich aus der Welt schaffen. Sie sollte sie aber abbauen und verhindern, dass zukünftige Generationen von uns in einem noch grösseren Ausmass verursachte Altlasten übernehmen müssen. Bei einer Annahme der Initiative werden individuelle und kollektive Interessen im Umweltbereich harmonisiert. Neben dem Haupteffekt, der Lösung der Umweltprobleme, ergeben sich willkommene Nebeneffekte, Geschenke: Die Armut wird durch Rückverteilung der Ökoumlage verringert, die Ungleichheit der Einkommensverteilung und mittelfristig der Vermögensverteilung nimmt ab und die Arbeitslosigkeit verringert sich.



Arthur Vogt, Dr. math., CH-3400 Burgdorf, Jg. 1947, hat in der eidgenössischen Bundesverwaltung auf den Gebieten Statistik, Privat- und Sozialversicherung gearbeitet. Daneben interessiert er sich für die Geschichte der exakten Sozialwissenschaften.

weitere Autoren: Joachim Klahre, Marco Lustenberger, Niclaus Müller, Claudius Schauffler



Sie haben das Wünschbare erreicht.

Wie wirkt eine Erhöhung der Energiesteuer auf die Produktion?

Höhere Energiesteuern wirken im wesentlichen auf dem Umweg über die Grundstoff-Preise. Zu den Grundstoffen gehören z. B. Kupfer, Stahl, Aluminium, Zement, Kunststoffgranulat und viele mehr. Die Erzeugung der Grundstoffe aus den Bodenschätzen, z. B. von Aluminium aus Bauxit, von Stahl aus Eisenerz, von Zement aus Kalkstein ist extrem energieaufwändig. Etwa zwei Drittel der in der Produktion eingesetzten Energie fließt in die Grundstoffherstellung. Eine Erhöhung der Energiesteuern würde zur erheblichen Verteuerung der Grundstoffe führen - und das wäre von großem Vorteil im Sinne des mitweltgerechten Wirtschaftens!

Was über die Energie gesagt wurde, gilt auch von den anderen Rohstoffen und dem Boden. Boden ist kein im üblichen Sinne marktfähiges Gut, da es nicht auf menschlicher Arbeit beruht und gemehrt werden kann. Es wurde uns vom „Mutter“ Erde zur Verfügung gestellt. Dadurch

Neues von alten Bekannten...

von Peter Wynands
Grafiken von Eugen Kment

Die 14. der 22 Unterhaltungen

Sept. 2003 - NPRadio (USA) meldet, ein Milliardär habe 50 Millionen \$ gespendet.

Du, Ollisson?

Ja, Stanislaus ...

Von seinen 100 Milliarden Dollar spendet so ein Superreicher jetzt fünfzig Millionen für Kinder, ich meine, für die Schulen.

Na schön, er gibt also etwas von dem, das er ...

Olli, du bist undankbar. Fünfzig Millionen Dollar, stell dir vor ... das ist phantastisch! Der Mann muss ein großes Herz haben.

Stan, hast du mir nicht vor kurzem erklärt, dass man Millionen und Milliarden nicht in einen Topf werfen sollte? Sag, wie viel Millionen sind 100 Milliarden?

Immer noch 100 000 Millionen Dollar, Olli.

Aha. Gesetzt den Fall, ich hätte ein Vermögen von nur 1000 Dollar. Wenn ich davon den selben Anteil spenden wollte, den dieser Milliardär jetzt von seinem Vermögen gespendet hat, wie viel müsste ich dann auf den Tisch legen?

50 Cent, Olli.

Findest du das beeindruckend?

Du meinst diese 50 Cent von deinen 1000 Dollar? ...

äää ... Dann haben wir dem Pizza-Boten gestern Abend ja ein Vermögen an Trinkgeld gegeben. Außerdem waren diese 12 Mäuse der letzte Rest; auf das Geld für nächsten Monat müssen wir nämlich bis morgen warten.

Nein, Stan, mach' dir keine Sorgen. Ich habe noch ein wenig zurückgelegt; das wird heute für uns beide reichen. *Olli.*

Ja.

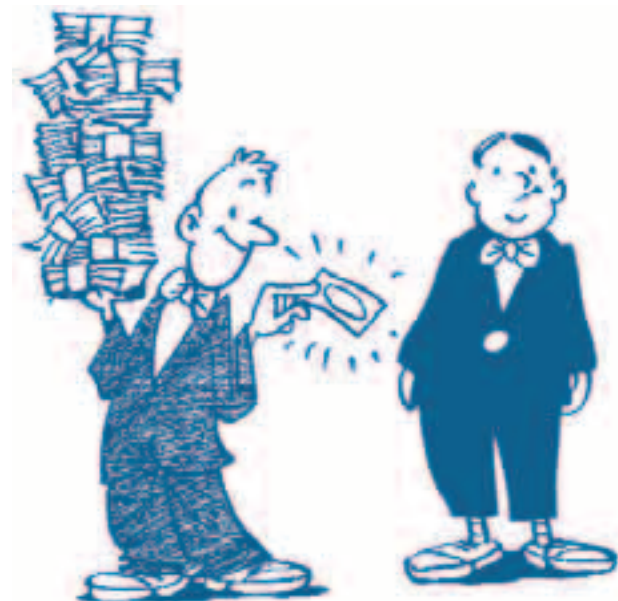
Kaum auszudenken,

wie reich erst van

Gogh, Einstein oder

Mozart gewesen sein müssen, wenn so einer wie dieser Milliardär schon dermaßen viel Geld verdienen kann.

Ich mag gar nicht daran denken Stan, ... gar nicht daran denken.



25

Die 13. der 22 Unterhaltungen

Du, Ollisson ?

Ja Stanislaus ...

Ich finde, dass der Zinseszins abgeschafft werden muss. Wenn einer nämlich eine Million auf der Bank hat und 6 % Zinsen dafür bekommt, dann kann er sich da jeden Monat 5000 Euro abholen geben. Das soll er von mir aus auch 25 Jahre lang machen. Insgesamt wären das immerhin 1,5 Millionen Euro mühe- loser Zinseinnahmen.

Und du meinst, das sei in Ordnung, Stan? –

Nein Olli, ich weiß, aber es kommt ja noch viel schlimmer: Heutzutage darf dieser Sparer nämlich seine Zinsen auch auf der Bank lassen. Und wenn er das macht, Mensch, dann sind auf seinem Konto nach 25 Jahren nicht bloß 1,5 Millionen, sondern sogar 3,3 Millionen Euro mehr drauf, als er eingezahlt hatte.

Das ist das Problem!

Ach ja? Wie läßt sich denn verhindern, dass die Zinsen des ersten Jahres im nächsten obendrein auch noch verzinst werden?

Ist doch ganz einfach, Olli: indem ein Gesetz erlassen wird, das der Bank vorschreibt, die Zinsen am Ende jeden Jahres auszuzahlen, fertig ist die Laube.

Schön, dann nimmt der Millionär diese Zinsen in Empfang, geht damit zur nächsten Bank, und eröffnet ein neues Konto.

Olli, das ist geschummelt!

Mag sein, Stan, aber den Zinseszins verbieten, und den Zins erhalten wollen, das geht nun mal nicht. Das ist, als ob Du etwas gegen den Regen hättest, aber nichts gegen Wolken.

Ich finde, wir sollten jetzt spazieren gehen; komm Olli. Gerne mein Lieber ... null Wolken am Himmel.

Kontaktadressen

INWO Deutschland
Klaus Popp
Blasiusstrasse 63
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 304105
Di. bis Fr., 9-11 Uhr
Email: INWO@INWO.de

INWO Schweiz
Postfach
CH-5001 Aarau
Telefon: 062 8228486
Mi., 10-12 & 14-17 Uhr
Email: contact@INWO.ch

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft
Postfach 1550
37145 Northeim
Telefon: 05503 8053-89 (Fax: -94)
Email: sg.lindner@t-online.de
www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Chiemgauer Regional
Marc Berghaus
Telefon: 08051 968-303 (Fax: -313)
Email: marc.berghaus@t-online.de
www.chiemgauer-regional.de

Seminar für freiheitliche Ordnung (SffO)
Susanne Grosz
Telefon: 07164 3573 (Fax: 7034)
www.sffo.de

Katholisch-Soziales Institut
Selhofer Straße 11
53604 Bad Honnef
Email: buschmeier@ksi.de
www.ksi.de

Evangelische Jugend in Bayern
Hans Schlicht
Telefon: 0911 4304272
www.ejb.de

Freitag, 22. bis Sonntag, 24.04.2005
Wuppertal/Deutschland

Frühlingsfest der INWO Deutschland und Mitgliederversammlung

Programmschwerpunkt in der Silvio Gesell-Tagungsstätte wird die Kultur sein. Unter anderem wird es einen Vortrag von Fritz Andres (Seminar für freiheitliche Ordnung) zu „Geld & Kultur“ geben. Außerdem wird die erste Ausgabe der neuen INWO-Zeitschrift vorgestellt. Darüber hinaus bietet sich das Treffen an, um die INWO selbst kennen zu lernen, sowie Mitglieder und Aktive zu treffen. Kosten für zwei Übernachtungen inklusive Verpflegung ca. 60 bis 90 Euro. Auf Anfrage ist ein Zuschuss möglich. Infos dazu gibt es unter www.INWO.de und im INWO-Büro.

Samstag, 30.04.2005, 10 Uhr
Zürich/Schweiz

Generalversammlung der INWO Schweiz

Die diesjährige Generalversammlung der INWO Schweiz findet im Zentrum Karl der Grosse neben dem Grossmünster (Kirchgasse 14) statt. Eingeladen sind auch die Talentierten vom Talentverein, die an gleicher Stelle am Nachmittag die Mitgliederversammlung abhalten sowie die LeserInnen der r-evolution und Freundinnen und Freunde der Ideen rund um eine vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft. Das Programm wird neben Statutarischem auch Herz und Hand ansprechen. Details unter www.INWO.ch oder beim Büro der INWO Schweiz.

Freitag, 08. bis Sonntag, 10.04.2005 und
Freitag, 09. bis Sonntag, 11.09.2005
Wuppertal/Deutschland

FAIRCONOMY-Seminare für Einsteiger

Geld- und Bodenreformen - nicht ausreichende, aber unbedingt notwendige Entwicklungen für wachstumsneutrale, sozial ausgewogene und nach innen und außen friedliche Gesellschaften. Ein Einsteigerseminar über Ideen und Perspektiven der "FAIRCONOMY".

Behandelt werden die Theorie, die Geschichte und die Strukturen der Geldreform-Bewegung. Darüber hinaus werden aktuelle Entwicklungen und Projekte vorgestellt. Das Seminar ist so gestaltet, dass es als Tagesveranstaltung sowie als Wochenendseminar (für mehr Hintergrundinformationen) genutzt werden kann.

Der Freitagabend steht dem gemütlichen Zusammensein, Kennenlernen und zum Informationsaustausch zur Verfügung. Das Seminar endet am Sonntag mit dem Mittagessen.

Beitrag inkl. zwei Übernachtungen, Essen & Tagungsgebühr: ca. 68,- bis 98,- Euro. Auf Anfrage ist ein Zuschuss möglich. Infos & Anmeldung im INWO-Büro.

Samstag, 09.04.2005, 16 Uhr
KZ-Gedenkstätte Flossenbürg /Deutschland

Vortrag von Helmut Creutz: Wirtschaftliche Ursachen des Nationalsozialismus

Vortrag bei Tagung für Jugendliche " ...dem Rad in die Speichen fallen "

Hitlers Aufstieg ruht wesentlich auf dem Arbeitslosenheer von 6 Millionen Menschen und der Angst vieler, bald selbst zu diesem Heer zu gehören. Damals glaubte man, Arbeitslosigkeit durch Senkung der Löhne, Abbau des Sozialstaats und staatliches Sparen bekämpfen zu können. Welche Ursachen führten in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und was haben wir daraus gelernt? Information & Anmeldung bei der Evangelischen Jugend Bayern.

Samstag, 16. bis Sonntag, 17.04.2005
Fuldatal-Simmershausen/Deutschland

Mündener Gespräche: Renaissance des Keynesianismus?

Referenten:

Prof. Dr. Thomas Huth, Jörg Gude, Thomas Betz,
Prof. Dr. Christoph Deutschmann, Prof. Dr. Jürgen
Kromphardt, Prof. Dr. Dirk Löhr

Themen:

Gesell, Keynes und der Postkeynesianismus
"Vom Gelde" (J.M. Keynes, 1931) zur Umlaufsiche-
rung des Geldes
War Keynes der bessere Gesell oder Gesell der bes-
sere Keynes?
Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik: Wiederkehr
des Keynesianismus?
Bedingungen einer Renaissance des Keynesia-
nismus
Rundgespräch mit den Referenten der Tagung und
den Teilnehmern
Information & Anmeldung bei der Sozialwissen-
schaftlichen Gesellschaft.

Dienstag, 26.04.2005, 19:30 Uhr
Wetzlar/Deutschland

Vortrag: Die Rolle von Geld und Zinsen

"Auf Verschuldung, Arbeitslosigkeit und Naturver-
brauch programmiert? Die Rolle von Geld und Zin-
sen - mögliche Alternativen" – ein Vortrag von Ro-
land Geitmann (CGW) im Gemeindehaus der Hospi-
talkirche. Veranstalter sind der Sozialethische Aus-
schuss des Kirchenkreises Wetzlar & Attac Wetzlar.
Infos bei Denkhaus – Telefon: 06441 71227.

Mittwoch, 27.04.2005, 19 Uhr
Leipzig/Deutschland

Diskussion: 75. Todestag Silvio Gesells

Kann uns seine Geld und Bodenpolitik heute aus
den Krisen der Arbeit, der Finanzen, des Sozialen,
der Gesundheit, der Umwelt und des Friedens her-
ausführen? Diskussion mit Georg Otto (Alternati-
ven) in der Mozartstraße 11. Infos bei Roland
Steckel – Telefon 0179 5177718.

Donnerstag, 28.04.2005
Meißen/Deutschland

Dia-Vortrag: Geld, Gotik & Hanse

Geldpolitische Ursachen des Aufstiegs und Zerfalls
der Wirtschaftsbüte der Hanse und der Hochkultur
der Gotik. Ort und Zeit bitte beim Referenten erfra-
gen:
Georg Otto – Telefon 05065 81323.

Donnerstag, 05. bis Sonntag, 08.05.2005
Prien am Chiemsee, Großer Kursaal

3. Regiogeldkongress

Regiogeldprojekt vor Ort: "Chiemgauer"
Regiogeld-Initiativen im deutschsprachigen Raum
Regionalentwicklung, Agenda21 Projekte und Re-
giogeld
Expertengespräch: Gemeindefinanzen, Regionale
Projekte und Bürgerbeteiligung
Seminare zur Vertiefung der Themen und Projekte
Regiofest mit Regiobuffet, Kulturprogramm, Besich-
tungen und Exkursionen, Rahmenprogramm
Infos und Anmeldung beim Chiemgauer Regional.

Mittwoch, 11.05.2005, 19 Uhr
München/Deutschland

Vortrag: Mythos Marktwirtschaft

Im 3. Vortrag zur ökonomischen Alphabetisierung
führt uns der Politologe, Unternehmer & bekennen-
de Christ Heiko Kastner auf eine gedankliche Reise
in unsere Wirtschafts- und Kulturgeschichte. Was
hat der Ökonom Adam Smith mit Goethes Faust zu
tun? Wohin führt uns die "unsichtbare Hand" oder
"die Kraft, die stets das Böse will, doch stets das
Gute schafft"? Die desaströse Geschichte unseres
modernen Geld- und Bankenwesens beginnt Ende
des 17. Jhd. bei den Goldschmieden in der Londo-
ner Lombard Street... Im Saal des Entomologischen
Institutes im ZALF, Eberswalder Str. 84. Infos bei
Mathias Bartsch - Telefon/Fax: 033432/71370 oder
Email: mathias.bartsch.eggendorf@web.de.

Freitag, 20. bis Sonntag, 22.05.2005
SffO, INWO & CGW: Silvio-Gesell-Tagung in Bad
Boll, Deutschland

Silvio Gesell, Wegbereiter einer Marktwirtschaft ohne Kapita- lismus

Referenten: Werner Onken, Prof. Dr. Dirk Löhr, Fritz
Andres, Prof. Dr. Thomas Huth, Helmut Creutz, Dr.
Gerhardus Lang, Eckhard Behrens

Themen:

Auf den Spuren Silvio Gesells – eine Argentinienrei-
se
Gesells Kampf gegen die Währungs-politik seiner
Zeit
Gesells Vision einer Bodenreform
Vorstellung der Gesamtausgabe der Werke Gesells
& CD-Rom
Gesell & die Entwicklung der Wirtschaftswissen-
schaft
Die Zinswirtschaft muss überwunden werden
Proudhon, George & das Gesellschaftsbild Gesells
Bleibendes & Vergängliches aus der Gedankenwelt
Gesells
Podiumsdiskussion, abschließende Aussprache &
Ausblick
**Sonntagmittag: INWO-Kennenlernrunde für al-
le aus Süddeutschland**
Informationen & Anmeldung beim SffO.

Mittwoch, 25. bis Sonntag, 29.05.2005
Hannover

INWO @ 30. Deutscher Kirchentag

INWO, BING und CGW werden wieder auf dem
Markt der Möglichkeiten vertreten sein. Außerdem
sind Vorträge und weitere Aktionen der INWO ge-
plant. Helfer melden sich bitte per Email an Kir-
chentag@INWO.de oder im INWO-Büro.

Freitag, 03. bis Sonntag, 06.06.2005
Ort noch offen – je nach Nachfrage

INWO-Rhetorikseminar

Das Schulungs- und Einführungswochenende mit
Klaus Popp wendet sich an freiwirtschaftlich inter-
essierte Standbetreuer und -betreuerinnen sowie an
zukünftige ReferentInnen. Auch jene Personen, die
ihre Argumentationsweise verbessern möchten,
sind herzlich eingeladen. Methoden: "Learning by
doing" und Vorträge. Auswertung mit Hilfe von Vi-
deoaufnahmen. Bitte frühzeitig im INWO-Büro an-
melden. Es werden nur 8 TeilnehmerInnen zugelas-
sen.

Impressum

r-evolution 4. Jahrgang, Nummer 25/2005

Redaktion

INWO Schweiz
Redaktion r-evolution
Marco Lustenberger
Dr. Hans-Peter Studer
Postfach
CH-5001 Aarau
E-Mail: contact@inwo.ch
auch für Abo-Bestellungen Schweiz
PC-30-1771-2

INWO Deutschland
Redaktion r-evolution
Wera Wendnagel (V.i.S.d.P.)
Max-Bockstr. 55
D-60320 Frankfurt
E-mail: INWO-D@T-Online.de
Abo Deutschland: versand@INWO.de
D-Konto: 604 786-607
Postbank Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60

INWO Österreich
Redaktion r-evolution
Staudingergasse 11
1200 Wien
E-mail: frat-hifa-inwo@netway.at
Österreichische Postsparkasse, BLZ 600 00
PSK 745 83 01

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder.
Für unverlangte Manuskripte etc. wird
keine Haftung übernommen.

Auflage

3.000 Exemplare

Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klingenfuss GmbH, Münster

Herausgeberin

INWO International
Sektion Deutschland
INWO e.V.
Max-Bock-Str. 55
60320 Frankfurt/M.
Tel. 069 - 56 31 68

ISSN 1660-1653

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ☐ ein r-evolution-Jahres-Abo ab der nächsten Ausgabe. Die Abo-Gebühr ist frei und kann mit Landeswährung (sFr) oder Alternativwährungen (Talent/Wir) beglichen werden. Die Gestehungskosten betragen bei der aktuellen Auflagenhöhe sFr 50.-, was als Richtwert für den „Durchschnittsabonnenten“ gilt. Wir sind sehr dankbar für Aufrundungen, um auch Menschen mit geringem Budget das Lesen dieser Zeitschrift zu ermöglichen. Sie bezahlen was Ihnen die r-evolution wert ist!
- ☐ zwei Ausgaben zur Probe für mich oder zum Weitergeben.
- ☐ weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- ☐ Ich möchte Mitglied der INWO Schweiz werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular. Die r-evolution erhalte ich dann im Rahmen meiner Vereinsmitgliedschaft.

Datum, Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich die r-evolution nach Ablauf des Bezugsjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Schweiz spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ☐ ein r-evolution-Jahres-Abo ab der nächsten Ausgabe zum Preis von Euro 18.- frei Haus.
- ☐ zwei Ausgaben zur Probe für mich oder zum Weitergeben.
- ☐ weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- ☐ Ich möchte Mitglied der INWO Österreich werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular.

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich die r-evolution nach Ablauf des Bezugsjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Österreich spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ☐ ein r-evolution-Jahres-Abo ab der nächsten Ausgabe zum Preis von Euro 18.- frei Haus.
- ☐ zwei Ausgaben zur Probe für mich oder zum Weitergeben.
- ☐ weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- ☐ Ich möchte Mitglied der INWO Deutschland werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular. Die r-evolution erhalte ich dann im Rahmen meiner Vereinsmitgliedschaft.

Datum, Unterschrift

Bitte unbedingt hier unterschreiben

Weil es für alle einfacher ist und Bankgebühren spart, erteile ich der INWO hiermit eine Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann.

Bank

Kto.nr.

Datum, Unterschrift

Bitte unbedingt hier unterschreiben

BLZ

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich die r-evolution nach Ablauf des Bezugsjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Deutschland spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon

E-Mail

Bitte mit 85
Rappen
frankieren

r-evolution / Versand
INWO Schweiz
Postfach

5001 Aarau

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon

E-Mail

Bitte mit
0,51 Euro
frankieren

r-evolution / Versand
INWO Österreich
Staudingergasse 11

1200 Wien

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon

E-Mail

Bitte mit
0,45 Euro
frankieren

r-evolution / Versand
INWO Deutschland
Sambach 180

96178 Pommersfelden

Die Parabel von der Banknote:



1. Eine junge Amerikanerin kommt in Paris an, reserviert ein Hotelzimmer und macht eine Anzahlung von 5000 nicht mehr sehr kaufkräftigen alten französischen Francs.



2. Mit dieser Banknote bezahlt der Hotelier eine alte Metzgerrechnung.

„Wo Geld rollt, ...“

... läuft die
Wirtschaft“



3. Der Metzger ist gerade gurgelaunt und kauft seiner Frau eine lederne Handtasche für den gleichen Betrag.



4. Der Lederwarenhändler hat eine Freundin. Er schenkt ihr die eben eingekaufene Banknote.



5. Diese rennt mit dem Geld zu einem Maler und bestellt ihr Porträt.



6. Der Maler wohnt früher im billigsten Zimmer des gleichen Hotels, wo er noch Schulden hat. So rafft er sich auf und bringt dem Hotelier die Fünftausendernote als Anzahlung.



7. Da kommt eben auch die junge Amerikanerin ins Hotel, erzählt dem Hotelier, daß sie doch lieber wo anders schlafe und holt ihre 5000 Francs zurück.
(Le Semaine, Paris)